

**GEW**

**EuWiS**

November 2014

Zeitung "Erziehung und Wissenschaft im Saarland" des Landesverbandes der GEW im DGB

## FLÜCHTLINGE IM SAARLAND



Aufnahmelager in Lebach | Foto: Anna Schmidt

**BILDUNG IST MEHRWERT!**



Thema: Flüchtlinge im Saarland

04

Editorial 03

Thema: Flucht 04

- 04 Im Räderwerk
- 05 Deutschkurse und Klassengemeinschaft  
Junge Flüchtlinge an der Ganztags-Gemeinschaftsschule Neunkirchen
- 06 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Saarland  
Ein Gespräch
- 08 Kirchenasyl in einer Gemeinde in Saarbrücken
- 09 Die Flüchtlingsproblematik im Unterricht
- 10 Bildung für Flüchtlingskinder  
Aktuelle Beschlüsse der GEW-Saarland

Berufliche Bildung & Weiterbildung 11

- 11 Facharbeiter fallen nicht vom Himmel

Jugendhilfe 13

- 13 Der Landesjugendring stellte Schwerpunkte der Jugendverbandsarbeit vor  
„Mittel für den Landesjugendring, die Jugendverbände und ihre Projekte sind sehr gut angelegtes Geld“

- 13 Sozialpädagogik durch Kooperation unterschiedlicher Professionen  
5. Fachtagung „Soziale Arbeit im Kontext von Schule“

Hochschule 15

- 15 Aufruf zur Rettung der Hochschulen im Saarland

Gewerkschaft 17

- 17 Politische Vernetzung als gesellschaftlicher Katalysator
- 18 Landesausschuss 2014
- 20 Reform von Hartz IV - an die Hungergrenze gehen?
- 21 Junge GEW vertritt das Saarland im „Zukunftsforum LehrerInnenbildung“

Bücher & Medien 20

- 22 Von Angst und Glück
- 22 In bin der große Kitzelbär...

Geburtstage und Jubiläen 23

- 23 November 2014
- 23 Schlusswort



## Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Mo. – Do.: 09.00 – 12.00 Uhr,  
13.00 – 16.00 Uhr  
Fr.: 09.00 – 12.00 Uhr, 13.00 – 15.00 Uhr  
Telefon: 0681 / 66 830-0,  
Telefax: 0681 / 66 830-17  
E-Mail: info@gew-saarland.de  
Internet: http://www.gew-saarland.de

## GEW-Service

### Beratungszeiten für Mitglieder in Rechtsfragen

Mo., Di. u. Do.: 08.30 – 16.30 Uhr,  
Mi.: 13.00 – 17.00 Uhr

### Landesstelle für Rechtsschutz

Gabriele Melles-Müller,  
Tel.: 0681 / 66 830-13,  
E-Mail: g.melles-mueller@gew-saarland.de

Fr.: 13.00 – 16.00 Uhr unter  
Tel. (priv.): 0170 / 4 15 10 06

### Beratung für Referendarinnen und Referendare

Andreas Sánchez, Tel.: 0681 / 66 830-14  
E-Mail: a.sanchez@gew-saarland.de

### Beratung für Beschäftigte und Freiberufler (Erwachsenen- & Weiterbildung)

Donnerstags 14.30 – 15.30 Uhr  
Georges Hallermayer, GEW-Geschäftsstelle

### Beratungsdienst für Auslandsaufenthalt von Lehrkräften

Marlene Wagner  
Tel.: 06833/1435 (nachmittags)

## Redaktionsschluss

06.01.2015  
(Februar-Ausgabe)

06.02.2015  
(März-Ausgabe)

E-Mail: redaktion@gew-saarland.de

## Impressum

### Herausgeber

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB,  
Landesverband Saarland, Geschäftsstelle:  
Mainzer Str. 84, 66121 Saarbrücken  
Tel.: 0681/66 830-0, Fax: 0681/66 830-17  
info@gew-saarland.de

Druck  
COD Büroservice GmbH  
Bleichstraße 22, 66111 Saarbrücken  
Telefon: 0681 / 393 53 0, info@cod.de

Bildnachweis  
u.a. pixelio.de, fotolia.de, privat

Redaktion  
Peter Balnis,  
Agnes Bender-Rauguth,  
Helmut Bieg,  
Thomas Bock,  
Anna Haßdenteufel,  
Matthias Römer (verantw.)

Layout  
Bärbel Detzen  
b.detzen@gew-saarland.de

Anzeigenverwaltung  
Andreas Sánchez,  
a.sanchez@gew-saarland.de

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der GEW wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich glaube nicht, dass wir es uns zur Zeit in Deutschland vorstellen können, was es bedeutet zu fliehen. Zu fliehen vor Hunger, Krieg und Tod, vor wirtschaftlichem Absturz, korrupten Eliten und zerstörtem Zuhause. Kinder, Eltern und Geschwister im Ungewissen zurücklassen oder sterben sehen, das eigene Haus als Ruine zurücklassen und sich selbst auf eine Reise begeben, von der man nicht weiß, ob man sie lebend beendet.

Menschen kommen unter unbeschreiblichen Bedingungen zu uns in ein sicheres Land, in dem immer noch der Überfluss für viele ein

Maßstab ist, an dem es sich zu messen gilt und bitten um eine sichere Bleibe.

Ich habe in meinem Interview mit den beiden afghanischen Jugendlichen keine näheren und detaillierten Fragen zur Flucht gestellt, wohlwissend, dass dies für viele dieser Jugendlichen eine traumatische Erfahrung ist. Und doch sollten wir, wenn wir diese Menschen sehen, nie vergessen, was sie auf sich genommen haben, um zu uns zu gelangen, und nicht nur dann, wenn wieder hundertfach der Tod an Europas Küsten anlandet.

Wir sind - aufgrund des historischen Glücks - in der Verpflichtung diesen Menschen unseren Beistand zu gewähren. Unser Wohlstand ist kein individueller Verdienst. Jeder der hier ankommt, hätte es unter den gleichen Umständen, die wir in den letzten 100 Jahren hatten, wohl zu einem ähnlichen Wohlstand gebracht.

Staat und Bürger müssen Verantwortung auf sich nehmen. Die Institutionen müssen schneller und effizienter auf Flüchtlingsströme reagieren, wie wir sie gerade jetzt wieder erleben.

Wir als GEW können auch dazu beitragen, dass Deutschland Flüchtlinge willkommen heißt, immer für das Recht eines jeden Menschen auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Ein Beitrag hierzu ist Information. ■

Viel Freude beim Lesen wünscht

Matthias Römer



ANZEIGE



**COD Büroservice GmbH**

Mainzer Straße 35 66111 Saarbrücken

Tel. 0681 39353-51 Fax 0681 6852301

print@cod.de www.cod.de

## Im Räderwerk

Was es für einen Flüchtling bedeutet, ein Dublin-Verfahren zu durchlaufen. Und welche Mängel sich bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Kommunen und Schulen offenbaren

Abiel ist 25 Jahre alt. Seit 14 Jahren ist er auf der Flucht. Zunächst flieht er mit seinen Eltern von Eritrea nach Somalia, wo die Familie eine Zeitlang lebt. Dann zieht er alleine weiter, über Libyen an die Mittelmeerküste. Von dort aus versucht er fünfmal, nach Europa zu kommen. Letztes Jahr schafft er es endlich, nach einer grauvollen Überfahrt. Die Bilder der überfüllten Flüchtlingsboote kennt man zur Genüge aus dem Fernsehen.

Abiel reist durch halb Europa und beantragt in den Niederlanden Asyl. Dort werden seine Daten und Fingerabdrücke zum ersten Mal gespeichert. Sein Asylantrag wird abgelehnt. Eine Abschiebung erfolgt nicht, wohl aber fällt er aus dem Versorgungssystem für Flüchtlinge heraus. Die Folge: Abiel hat kein Dach mehr



Landesaufnahmelager in Lebach

über dem Kopf, kein Geld, kein Essen. Wochenlang schläft er in Parks und unter Brücken. Er schlägt sich nach Deutschland durch. In Lebach wird sein Asylantrag entgegen genommen. Eritreer werden aufgrund der unübersichtlichen Situation in dem ostafrikanischen Land zurzeit von Deutschland aus nicht abgeschoben. Ein erster Hoffnungsschimmer. Abiel darf im Mai dieses Jahres von der Landesaufnahmestelle aus in eine saarländische Gemeinde umziehen.

Doch dann die Hiobsbotschaft: Die Überprüfung seiner Fingerabdrücke in der Datenbank EURODAC fördert zutage, dass gemäß dem so genannten Dublin-Verfahren die Niederlande als Erstaufnahmeland zuständig sind für die Bearbeitung des Asylantrags. Abiel ist ein so genannter „Dublin-Treffer“. Im Amtsddeutsch heißt das: „Stellt ein Mitgliedstaat fest, dass ein Asylantrag in einem anderen

Mitgliedstaat zu bearbeiten ist, stellt er ein Übernahmesuchen/Wiederaufnahmesuchen an den betreffenden Mitgliedstaat. Stimmt dieser zu, erhält der Antragsteller hierüber Mitteilung in Form eines Bescheides. Wenn der Bescheid bestandskräftig, bzw. rechtskräftig ist, vereinbaren die Mitgliedsstaaten die Modalitäten der Überstellung. Wird die Überstellung nicht binnen sechs Monaten durchgeführt, geht die Zuständigkeit für das Verfahren an den Mitgliedstaat über, der um Übernahme ersucht hat.“ (Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, www.bamf.de).

Noch hofft Abiel, dass die sechs Monate verstreichen, ohne dass eine Überstellung erfolgt. Doch vergebens: Wenige Tage vor Ablauf der Frist holen Polizisten ihn Ende September ab, bringen ihn nach Frankfurt und setzen ihn ins Flugzeug. In Amsterdam steht er wieder vor dem Nichts: keine Bleibe, kein Geld, kein Essen. Er nimmt Kontakt zu dem Anwalt auf, der ihn bei seinem ersten Verfahren vertreten hat. Dieser kann nichts mehr für ihn tun - die Akte ist und bleibt geschlossen. Er schlüpft mal hier, mal dort bei Landsleuten unter. Bekannte aus Deutschland halten den Kontakt und schicken ein wenig Geld. Wie es weitergeht? Das ist völlig ungewiss.

Andere Flüchtlinge haben mehr Glück. Sie geraten nicht in das Dublin-Räderwerk und können bis auf weiteres bleiben. Beim ersten Fußfassen offenbaren sich dann aber eine Reihe von Mängeln im System: Die Strukturen der Unterbringung und Flüchtlingssozialarbeit in den Kommunen, wie sie bei der letzten großen Einwanderung von Flüchtlingen in den 1990er Jahren aufgebaut wurden, sind nicht mehr vorhanden. Die kommunalen Sozialämter wurden im Rahmen der Hartz-IV-Reformen mit den Arbeitsämtern zu Jobcentern zusammengelegt. Ihr Know-How und ihr sozialpolitisches Instrumentarium sind weitgehend verloren gegangen. Die Folge sind eine händelnde Suche nach Unterkünften und eine hoffnungslose Überlastung der wenigen hauptamtlichen Integrationslotsen. Ehrenamtliches Engagement von Bürgerinnen und Bürgern für Flüchtlinge, wie es etwa im Projekt ANKOMMEN der LAG Pro Ehrenamt und der Landeshauptstadt Saarbrücken kanalisiert wird, ist ein wertvoller praktischer Beitrag und ein vielleicht noch wichtigeres Symbol für Solidarität in einer teilweise einwanderungsmüden Gesellschaft. Es kann jedoch struktu-

relle Verbesserungen in der Begleitung von Flüchtlingen nicht ersetzen.

Vor allem aber in den Schulen zeigt sich, dass das System bis heute nur ungenügend in der Lage ist, auf eine mehr oder weniger unerwartete Einwanderungswelle angemessen zu reagieren: Es gibt, wenn überhaupt, ein paar Förderstunden mehr, aber keinen grundsätzlichen Plan, wie mit Kindern und Jugendlichen zu verfahren ist, die ohne Deutschkenntnisse und mit höchst unterschiedlichen Vorkenntnissen mitten im Schuljahr plötzlich im Klassenzimmer stehen.

Der SLLV hat im Oktober unter anderem beklagt, dass zu wenig Lehrerinnen und Lehrer im Fach Deutsch als Fremdsprache ausgebildet seien. Das ist richtig. Aber das Problem reicht noch weiter: Das Ziel muss eigentlich eine durchgängige Sprachbildung sein, die sich nicht mit einem separaten Deutschunterricht begnügt, sondern auch im Fachunterricht ansetzt. Kinder und Jugendliche, für die Deutsch die Zweitsprache ist, bedürfen einer durchgängigen Unterstützung bei der Aneignung von Bildungssprache. Dies stellt viele Lehrerinnen und Lehrer vor eine neue Herausforderung, denn sie sollen neben der Vermittlung von Inhalten auch die "Sprache zur Sache" unterrichten. Wie aber unterrichtet man beispielsweise Mathematik unter Bedingungen der Mehrsprachigkeit? Erste Forschungsergebnisse dazu liegen vor - wie schnell sie ihren Weg in die Praxis finden, bleibt dahin gestellt. Die Frage der durchgängigen, alltagsintegrierten Sprachbildung unter insgesamt verbesserten Rahmenbedingungen stellt sich im Übrigen generell in multikulturellen Bildungseinrichtungen - sie wird nur besonders offenkundig und drängend, wenn wie jetzt innerhalb kurzer Zeit viele Schülerinnen und Schüler vor der Tür stehen.

Junge Leute, die wie Spielfiguren hin- und hergeschoben werden; Betreuungsstrukturen für Flüchtlinge, die an allen Ecken und Enden Mängel aufweisen; Lehrerinnen und Lehrer, die angesichts von Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse ratlos mit den Schülern zucken: Streiflichter aus dem Aufnahme-land Deutschland im Herbst 2014. ■

### Veronika Kabis

Veronika Kabis ist Leiterin des Zuwanderungs- und Integrationsbüros der Landeshauptstadt Saarbrücken. [www.saarbruecken.de/zib](http://www.saarbruecken.de/zib)

Foto: Anna Schmidt

## Deutschkurse und Klassengemeinschaft

Junge Flüchtlinge an der Ganztags-Gemeinschaftsschule Neunkirchen

Angesichts von Kriegen, Katastrophen und Krisen in vielen Teilen der Welt wird die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen und hier nach einer menschenwürdigen Perspektive suchen, weiter zunehmen. Darunter sind zahlreiche Kinder und Jugendliche, die ohne Familie hier ankommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist bisher eher zurückhaltend bei der Aufnahme von Flüchtlingen; sie muss und kann in Zukunft ihr Aufnahmeverhalten deutlich ausweiten und verbessern.

Es ist ein selbstverständliches Gebot der Solidarität, Flüchtlinge und ihre Kinder bei uns aufzunehmen. Dazu gehört auch, das Menschenrecht auf Bildung für Flüchtlinge und ihre Kinder zu verwirklichen - und zwar von Anfang an. Um es in die Tat umzusetzen und mit Leben zu füllen, sind im Saarland noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die GEW hat dazu auf ihrem Landesausschuss entsprechende Forderungen beschlossen.

Ein Beispiel, wie das funktionieren kann, bietet die Gemeinschaftsschule Neunkirchen. Sie hat seit Herbst 2012 mehrere unbegleitete junge Flüchtlinge aus Afghanistan, Äthiopien und Eritrea aufgenommen. Es sind 16- bis 19-jährige Jugendliche, die eine lange dramatische Flucht durch viele Länder hinter sich haben, die viele Grausamkeiten erlebt haben und verarbeiten müssen. In Neunkirchen haben sie eine neue Heimat gewonnen und Zugang zu Bildungsmöglichkeiten bekommen, die ihnen neue Wege in die Zukunft eröffnen.

### Intensive Sprachkurse

Die Gemeinschaftsschule Neunkirchen setzt auf drei Elemente eines integrierten Betreuungskonzeptes: Intensiver Deutschunterricht, Integration in bestehende Klassen und Kooperation mit der Wohngruppe

Der intensive Deutschunterricht dauert täglich 5-6 Stunden und wird von langjährig erfahrenen DaZ-Lehrkräften durchgeführt. Die Jugendlichen machen dabei erstaunlich schnell Fortschritte. Das ist besonders bemerkenswert, weil einige von ihnen in ihrer Heimat nie oder nur selten eine Schule besucht haben. „Die Jugendlichen sind unglaublich lernwillig, weil sie wissen, dass Bildung in ihrer Heimat ein Privileg ist, keine Selbstverständlichkeit,“ bemerkt Schulleiter Clemens Wilhelm.

### Gemeinschaft

Ein zweites Element besteht darin, die Jugendlichen von Anfang an in ganz normale



Jugendliche Flüchtlinge in der Disko der Gemeinschaftsschule Neunkirchen

Regelklassen der Schule zu integrieren. Wenn sie nicht im Sprachkurs sind, verbringen die Jugendlichen den Unterricht und die Freizeit gemeinsam mit einheimischen Schülern. Das trägt enorm dazu bei, im Kurs erworbene Sprachkenntnisse im normalen Alltag anzuwenden und zu verfestigen sowie sich über sprachliche Mittel hinaus zu verständigen. Darüber hinaus bringen sie aber auch etwas in die Klassengemeinschaft ein, nämlich Ruhe, Entspannung und Konzentration aufs Lernen. Das trägt ganz wesentlich dazu bei, dass sich diese Jugendlichen durch die Hilfen ihrer Mitschüler und die Impulse, die sie der Klassengemeinschaft geben, bei uns heimisch fühlen.

Die jungen Flüchtlinge sind deutlich älter als ihre Mitschüler in den Regelklassen. Anfangs gab es deshalb durchaus Sorgen, ob es gelingen kann, diese Jugendlichen mit Kindern in eine Gemeinschaft zusammen zu bringen. Die praktische Erfahrung hat inzwischen aber die meisten diesbezüglichen Sorgen zerstreut. Das liegt gewiss auch daran, dass eine gebundene Ganztagschule mit langjähriger Erfahrung über viele Möglichkeiten verfügt, Kinder und Jugendliche auch außerhalb des Unterrichtes zusammen zu bringen. So sind z.B. Farshad, Arasch und Arman aus Afghanistan leidenschaftliche Tischfußballer und verbringen fast alle Pausen in der Disko der Schulsozialarbeit, um mit anderen Schülern (und Schülerinnen!) zu kickern.

In einem Gespräch berichten Fabian und Sanji aus der 7c, in der seit Schuljahresbeginn Naif (16 Jahre) und Mohammed (17 Jahre) aus Äthiopien sind, über ihre Erfahrungen. Sie erklären in ihrer Tischgruppe den Unterrichts-

stoff und sind erstaunt, dass beide inzwischen schon ganz gut Deutsch können. Die Verständigung läuft mal auf Deutsch, mal auf Englisch und ist für Fabian und Sanji auch eine gute Gelegenheit, ihre Englischkenntnisse anzuwenden. Sie haben sich mit Naif und Mohammed über deren Fluchtweg unterhalten und sind erschüttert, wieviel die beiden mitgemacht haben. Die Musikgeschmäcker sind zwar verschieden - Fabian und Sanji bevorzugen Hiphop, während Naif und Mohammed eher auf Shakira stehen -, aber über ihre gemeinsame Leidenschaft für Fußball haben sie sich angefreundet und verbringen die Pausen oft gemeinsam auf dem schuleigenen Bolzplatz.

### Kooperation mit der Wohngruppe

Wichtig für die Inklusion der Flüchtlinge sind auch die Kontakte zwischen der Schule und der Wohngruppe des Diakonischen Werkes, in der die Jugendlichen leben. Die Sozialarbeiter wissen um die Geschichte der Jugendlichen und können die Lehrkräfte entsprechend beraten. Sie helfen den Jugendlichen, ihr Schicksal zu bewältigen und sie für schulische Anforderungen stärken. Und sie helfen bei der Klärung alltäglicher Fragen, z.B. den Umgang mit Essensmarken für die Mensa.

Übrigens: Farshad aus Afghanistan hat innerhalb von knapp einem Jahr an der Gesamtschule Neunkirchen Deutsch gelernt, den Hauptschulabschluss erworben und über ein Praktikum eine Ausbildung zum Heizungsbauer bekommen. ■

Peter Balnis

# Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Saarland

## Ein Gespräch

Im Saarland sind von 2010 bis 2013 über 600 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge eingereist. Dieses Jahr wurden allein im Regionalverband Saarbrücken bis Ende Juli 170 junge Flüchtlinge in Obhut genommen. Fast so viele wie im gesamten Vorjahr. Wir unterhalten uns mit Farid und Tarik, zwei jugendlichen afghanischen Flüchtlingen, die seit Februar 2011 bzw. Februar 2012 im Saarland sind. (Die Namen wurden aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert.) Beide treffen wir im Deutsch-Ausländischen Jugendclub in der Saarbrücker Johannisstraße, der für die beiden zu einem zweiten Zuhause geworden ist. Für weitergehende Fragen ist Irene Krohn, Geschäftsführerin des DAJC, anwesend.

**EuWiS:** Wie war das mit der Ankunft in Saarbrücken?

**Farid:** Ich war am Schlafen im Zug und auf einmal kommt jemand und weckt mich auf und fragt nach meinem Reisepass. Ich hatte keinen und so haben die beiden, ein Mann und eine Frau, mich aufgefordert mitzukommen. Ich hatte nur eine Frage: ‚Wo sind wir eigentlich?‘ und die Polizisten haben geantwortet: ‚Wir sind in Deutschland.‘

Nachdem wir in der Polizeistation waren, wurde ein Dolmetscher gerufen. Ich spreche aber auch Englisch. Dann haben mich die Polizisten gefragt, wo ich herkomme. Ich habe ihnen dann gesagt, dass ich aus Afghanistan bin und dass sie sich denken könnten, warum man von dort weg möchte. Die Polizisten waren sehr nett und haben sich um mich gekümmert.

**EuWiS:** Was geschah dann?

**Farid:** Nach ca. drei bis vier Stunden sind zwei Frauen gekommen und haben gesagt, dass sie vom Jugendamt sind. Dann war auch der Dolmetscher da und hat übersetzt. Ich hatte keine Ahnung, was ein ‚Jugendamt‘ überhaupt ist. Ich hatte so etwas noch nie gehört. Dann sind wir zusammen in eine Wohngruppe nach Jägersfreude gefahren. Dort hat mich niemand verstanden und ich habe versucht, deutlich zu machen, dass ich hier nicht bleiben kann. Nach einigen Tagen durfte ich mit einem Psychologen nach Oberthal ins Schulandheim reisen. Dort haben wir 40 Tage mit 6 anderen Jugendlichen aus Afghanistan verbracht. Nach Stationen im Nordsaarland und

in Ludweiler kam ich dann in eine Wohngruppe nach Saarbrücken. Während all dieser Zeit hatten wir Deutschunterricht und mussten Deutsch lernen.

**EuWiS:** Ramazan, wir war das bei dir, die ersten Tage und Wochen hier im Saarland?

**Tarik:** Bei mir war es ähnlich, nur mit dem Unterschied, dass ich mit dem Bus gekommen bin. Die Polizei hat mich aus dem Bus geholt und ich musste auf der Dienststelle auf den Dolmetscher warten. Leider sprach ich damals kein Englisch. Ich wurde dann ins Margaretenstift gebracht, wo ich für ein paar Tage ein eigenes Zimmer bekam bis alle Formalitäten geregelt waren und bin dann in eine eigene Wohnung gezogen. Ich war nicht in einer Wohngruppe.

**EuWiS:** Woraus bestand dein Tag?

**Tarik:** Erst mal drei Monate aus nichts. Ich konnte gar nichts machen und es war ziemlich langweilig. Erst nach drei Monaten konnte ich einen Deutschkurs bei der VHS beginnen und dann durfte ich mich in der Schule anmelden.

**EuWiS:** Wer hat euch unterstützt?

**Tarik:** Zwei Betreuerinnen vom Jugendamt.



Jugendliche im offenen Jugendtreff des DAJC

**Farid:** Ich bin auch meistens gut behandelt worden. Das Verhalten von Polizei und Jugendamt war in Ordnung. Die waren sehr nett zu mir. Der Psychologe hingegen hat mir öfter gesagt, dass Deutschland mich nicht braucht. Das fand ich komisch, denn er war selbst Iraner und kein Deutscher. Mit den Erziehern war es gemischt, aber ich glaube das ist normal.

**Tarik:** Bei mir war alles prima. Die Betreuerinnen waren sehr nett und haben sich um mich gekümmert. Ich hatte auch Kontakt mit anderen afghanischen Jugendlichen in meiner Nähe, die ich hier kennengelernt habe.

**EuWiS:** Wie war es in der Schule?

**Farid:** Ich kam in die achte Klasse an der Gemeinschaftsschule Ludwigspark. Im ersten Jahr habe ich gar nichts verstanden. Ich konnte mich gerade mal vorstellen. Aber ich habe viele Leute kennengelernt und habe versucht mit denen deutsch zu reden. Im ersten Jahr konnte ich noch nicht so gut mitmachen, aber im zweiten Jahr klappte es dann ganz gut. Die Lehrer haben mir sehr viel geholfen und mich sehr gut unterstützt. Vor allem der Schulleiter und die Stellvertreterin. Nach der Schule

hatte ich auch immer einen Deutschkurs vom DAJC. Jetzt bin ich auf der Sozialpflegeschule und versuche meinen MBA zu machen.

**EuWiS:** Wie war der Umgang und der Kontakt mit den deutschen Mitschülern?

**Tarik:** Das war problemlos. Mit einigen hatte ich auch privat einigen Kontakt.

**EuWiS:** Und bei dir, Ramazan? Wie sind deine Schulerlebnisse?

**Farid:** Wir hatten an der Gemeinschaftsschule Sulzbach eine eigene Klasse nur mit afghanischen Jugendlichen. Die Lehrer waren auch bei uns sehr nett und haben uns unterstützt. Einen Extra-Deutschkurs haben wir allerdings nicht gehabt, das war eher schlecht. Wir waren 13 Jugendliche und ich habe meinen Hauptschulabschluss geschafft. Das war eine ziemlich schwierige Zeit, vor allem mit der Sprache.

**EuWiS:** Hattet ihr Rassismuserfahrungen?

**Tarik:** Ich hatte keine negativen Erfahrungen, das kann ich nicht sagen.

**EuWiS:** Bleiben alle Jugendlichen, die hier aufgegriffen werden, auch im Saarland?

**Irene Krohn:** Seit Oktober 2010 kommen alle im Saarland auftauchenden minderjährigen Flüchtlinge in die Obhut der Jugendhilfe. Als Reaktion auf die zunehmende Anzahl der jugendlichen Flüchtlinge wurde das Clearinghaus in Völklingen eröffnet. Dort wird geschaut, ob die Jugendlichen hier bleiben, oder ob sie auf Grund des Dublin II Verfahrens ihren Asylantrag in dem Land stellen müssen, in welchem sie zum ersten mal in die EU ein-



Irene Krohn, Geschäftsführerin des DAJC

**Der DAJC - Verein zur Förderung und Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Familien e.V. ist ein anerkannter und bundesweit ausgezeichnete Träger der Jugendhilfe mit Sitz in der Saarbrücker Johannisstraße.**

**Er unterstützt durch seine interkulturelle Arbeit Kinder und Jugendliche und ihre Eltern in ihren Kompetenzen.**

**Zugänge eröffnen und Partizipation ermöglichen sind wesentliche Ziele der Arbeit des DAJC. Er lehrt die Jugendlichen einen kritischen und offensiven Umgang mit kulturalistischen, diskriminierenden oder rassistischen Zuschreibungen und unterstützt sie, sich mit widersprüchlichen Rollen und Rollenerwartungen auseinander zu setzen.**

**Schwerpunkte der Arbeit sind neben der Antidiskriminierungsarbeit der offene Jugendtreff, das Mädchenprojekt Peperona, die Schülerhilfe und Angebote für Frauen.**

**Informationen unter [www.dajc.de](http://www.dajc.de)**

gereist sind, oder ob es nahe Verwandte im Rest von Deutschland gibt, die die Jugendlichen aufnehmen. Für einige Jugendliche liegt Saarbrücken nur auf der Fluchtstrecke und sie reisen weiter in andere Länder oder Metropolen innerhalb Deutschlands.

**EuWiS:** Weiß man eigentlich, wenn man aus Afghanistan flieht, in welches Land man will und welche Unterschiede es gibt?

**Farid:** Das wissen die Leute eigentlich nicht, bis sie nach Griechenland kommen. Dort spricht sich rum, wo die Leute hinwollen und in welchen Ländern man gut oder schlecht behandelt wird.

**Tarik:** Ich bin über den Iran in die Türkei. Dort hatte ich eine Menge Probleme. Dann habe ich im Fernsehen einen Bericht über Frankfurt gesehen. Das hat mir so gut gefallen, dass ich unbedingt nach Deutschland wollte. Dann bin ich über Griechenland, Italien, Frankreich nach Deutschland eingereist. In Italien habe ich auf der Straße gelebt.

**EuWiS:** Warum musste Ramazan nach Sulzbach in die Schule, obwohl er in Saarbrücken wohnte?

**Irene Krohn:** In Sulzbach wurde eine Klasse für jugendliche Flüchtlinge eingerichtet. Es ist oft schwierig einen Schulplatz an einer anderen Schule zu bekommen. Die Schulen sind teilweise überfordert. Sie bekommen gerade

mal ein paar Förderstunden zusätzlich, was hinten und vorne nicht ausreicht, um die SchülerInnen mitzunehmen.

**EuWiS:** Wie geht es mit euch weiter?

**Tarik:** Ich suche eine Ausbildungsstelle als Koch. Vielleicht gehe ich auch aus dem Saarland weg.

**Farid:** Ich hätte gerne einen Ausbildungsplatz, wenn ich dieses Schuljahr erfolgreich absolviert habe und meinen MBA habe. Am liebsten wäre mir etwas Handwerkliches mit Autos. Meine Betreuer helfen mir dabei und auch im DAJC bekomme ich Hilfe.

**Tarik:** Meine Betreuer helfen mir und in der Breiten Straße gibt es auch ein Büro, dass mir bei der Suche weiterhilft und auch der DAJC. Es ist schon ein bisschen spät, aber ich hoffe, dass es noch klappt.

**EuWiS:** Wie ist die Situation in der Betreuung?

**Irene Krohn:** Es gibt für jeden Jugendlichen einen Vormund und einen Betreuer. Die Vormunde haben sehr viele Jugendliche zu betreuen und so kann es gut sein, dass man seinen Vormund nur selten sieht. Bei den Betreuern ist es sehr unterschiedlich. Wir haben es zum Teil mit sehr Engagierten zu tun, zum Teil mit welchen, die Dienst nach Vorschrift machen oder überfordert sind. Auch in diesem Bereich ist eine rasante Deprofessionalisierung zu beobachten, weil die Zahl der Jugendlichen stetig zunimmt. Das führt vermehrt zu Problemen, weil die Betreuerinnen und Betreuer mittlerweile oft keine pädagogische Ausbildung mehr besitzen.

**EuWiS:** Wie ist eure Perspektive, hättet ihr auch gerne einen deutschen Pass?

**Tarik:** Ich will eigentlich nur hier leben, welchen Pass ich habe, ist mir egal. Ich war in Afghanistan, Iran, Pakistan, Dubai, der Türkei, Griechenland, Italien, Frankreich. Ich will zur Ruhe kommen und eine gute Arbeit haben. Hier fühle ich mich wohl. Ich habe mein Land, das ich gesucht habe, gefunden. Ich möchte das aufschreiben, Texte darüber schreiben.

**Farid:** Das kann ich mir vorstellen, aber eigentlich ist mir das egal. Ich will eigentlich nur in Frieden leben und keinen Krieg mehr. Wenn man etwas will, muss man auch was geben und das würde ich gerne. ■

Das Gespräch führte Matthias Römer

## Kirchenasyl in einer Gemeinde in Saarbrücken

Anfang 2012 nahm unsere katholische Kirchengemeinde in Saarbrücken F., einen minderjährigen unbegleiteten Flüchtling aus Afghanistan, in ein Kirchenasyl auf, um ihn vor der Abschiebung nach Italien zu bewahren.

Er kam mit 17 Jahren aus Afghanistan über den Iran, die Türkei, Italien und Frankreich nach Deutschland. Sein Vater hat, nachdem Taliban in seinem Heimatort gewaltsam junge Männer rekrutieren, für seinen Sohn mehrere tausend Dollar an Schlepper bezahlt, damit seinem jüngsten Sohn dieses Schicksal erspart bleibt und er nach Europa kommt. Ein netter junger Mann, der sich in dem halben Jahr seines Aufenthaltes hier gut aufgehoben fühlte und zahlreiche Kontakte geknüpft hatte. Er war in einer Wohngemeinschaft eines freien Trägers untergebracht, lernte Deutsch, das er schon sehr verständlich sprach, und war in einer Bildungsmaßnahme zur Erlangung des Hauptschulabschlusses.

Als F. nach Italien zurückgeschoben werden sollte, beschäftigten sich Gemeindeführer und Verwaltungsrat intensiv mit der Möglichkeit und den Hintergründen eines Kirchenasyls, einer von der Ausländerbehörde im Saarland geduldeten, aber illegalen Aufenthaltsform. Thema war außerdem die schwierige und oft unzumutbare Situation von Flüchtlingen in Italien.

Nach ausführlichen Beratungen wurde F. aus humanitären Gründen aufgenommen. Diese Entscheidung wurde dadurch erleichtert,

dass vor allem durch Einsatz einer Person aus dem bisherigen Betreuungsumfeld ein Unterstützerkreis gebildet und Spenden für den Aufenthalt gesammelt wurden. Der Aufenthalt wurde dem Ausländeramt mitgeteilt.

Für den Aufenthalt wurde ein Kirchenraum von etwa 30 qm in einem Seitenturm unserer 100 Jahre alten Kirche bereitgestellt, der vorher als Aufenthaltsraum für eine Arbeitsgruppe unserer Pfarrei diente und mit Duschwanne und Toilette ausgestattet ist.

Es begann die spannende Begleitung in einem bunt zusammengesetzten Unterstützerkreis, von etwa 10 Personen. Wer kauft ein, wie wird betreut, wer kann F. unterrichten in Deutsch, Mathematik und anderen zum Hauptschulabschluss nötigen Fächern? Wie kann man den Aufenthalt in dem kleinen Raum und dem die Kirche umgebenden Areal, Hof, Garten und Pfarrhaus erträglich machen? Es waren auch Kriseninterventionen nötig. F. drehte auch mal durch, wurde traurig, hatte Heimweh. Der Unterstützerkreis sorgte für Telefon, Internet, Unterricht, Essen, Gesellschaft und traf sich regelmäßig alle 3 Wochen, um sich auszutauschen und Absprachen zu treffen. Nach 5 Monaten stellte sich heraus, dass er noch sieben lange Monate bleiben musste, bis er das Kirchenasyl verlassen konnte und ihm erst dann die Möglichkeit eröffnet wird, sein Verfahren in Deutschland durchzuführen.

Da das Turmzimmer im Winter schlecht zu heizen war, quartierten wir F. an einen ande-

ren Kirchenstandort, in ein Pfarrhaus um. Es war für den jungen Mann schwer so lange freiwillig gezwungen bei uns zu bleiben, aber er stürzte sich ins Lernen und wir halfen ihm, wo wir konnten. Schließlich trat die Bundesrepublik Deutschland in das Asylverfahren ein und F. konnte hier bleiben.

Die Gemeinde hat die Aufnahme nicht bereut. Sie hat einen Menschen aus Afghanistan kennen- und schätzen gelernt und ihm auf seinem Lebensweg geholfen und Heimat gegeben.

Wir boten inzwischen mehreren Flüchtlingen in gleicher Situation Asyl und verhinderten, dass Menschen, die ihre Heimat verloren, Gewalt erlebten, hier in Europa weiter hin und her geschoben werden. Italien, oft das Land, in dem die Flüchtlinge in die EU kommen, muss nach einem Abkommen (Dublin III) das Asylverfahren abwickeln, ist damit aber, zahlreichen Berichten zufolge, heillos überfordert und trägt oft selber dazu bei, dass die Flüchtlinge weiterreisen. Dann in Deutschland angekommen, wird Dublin III angewandt und die Flüchtlinge sollen nach Italien zurück geschoben werden. Das Kirchenasyl überbrückt den Zeitraum in dem diese Rückschiebung erfolgen muss, bis das Land in dem sie sich befinden zuständig wird. ■

**Horst-Peter Rauguth**  
Diakon in Saarbrücken Malstatt

## Die Flüchtlingsproblematik im Unterricht

Wenn es um die Thematisierung der Flüchtlingsproblematik im Unterricht geht, so bieten sich fächerübergreifend vielfach Möglichkeiten dazu.

### Gesellschaftswissenschaft

Es bedarf keiner Erklärung, dass die Fächer Geschichte, Politik, Erdkunde oder GW für diesen Unterrichtsgegenstand prädestiniert sind. Der Lehrplan GW in Klassenstufe 10 sieht beispielsweise sowieso den Themenkomplex "Frieden und Sicherheit" vor, in den wiederum eine ganze Unterrichtsreihe zum Thema "Flüchtlinge" eingebaut werden kann. Allein der Nahostkonflikt zwischen Israel und Palästina bietet genug Ansatzpunkte, die Entstehung von Flüchtlingsströmen zu thematisieren. In diesem Zusammenhang lassen sich postkoloniale Strukturen sowie verschiedene Nationenbegriffe erarbeiten, daraus folgend auch das Auftauchen von "Befreiungsbewegungen", die wiederum weitere Kriege bedingen.

Neben dem politischen Aspekt in Nahost bietet es sich an, im Geschichtsunterricht eine Schülerinnen und Schülern oft nicht mehr bewusste Problematik zu beleuchten, und zwar die deutscher Flüchtlinge nach 1945 - zumal hier die interessante Frage aufgeworfen wird, wie territoriale Ansprüche von Staaten und Individuen rechtlich zu bewerten sind.

Im Rahmen von Erdkunde und Geographie bietet sich die Frage an, inwiefern territoriale Konflikte und damit verbundene Flüchtlingsströme ihren Ursprung in der Wertigkeit bestimmter Regionen haben. Als Idee für den Unterricht denke man z.B. an den Gewinn, den Konfliktgruppen aus Bodenschätzen wie Diamanten ziehen oder regional an die (wirtschaftlichen) Gründe, wegen derer die Saarregion immer Streitthema zwischen Deutschland und Frankreich war - etwas, das auf einfachem Niveau schon in der Grundschule thematisiert werden kann.

### Religion und Ethik

Das Aufkommen vermeintlich radikal-religiöser Organisationen wie Al-Qaida oder ISIS und die aktuell stattfindende Millionenfache Vertreibung ganzer Ethnien aus bestimmten Landstrichen stellt hier ein Pflichtthema dar. Es versteht sich von selbst, dass in allen Klas-

senstufen die Tagesaktualität Vorrang vor der Erfüllung von Lehrplanziele haben muss.

Im Übrigen muss und sollte sich die Behandlung fundamentalistischer Glaubensgemeinschaften nicht auf den Islam beschränken - in den USA sind es vor allem die sogenannten evangelikalen Gruppen, welche massiv Hetze gegen Einwanderer betreiben und damit die sowieso schon schwierige Situation der illegal aliens verschärfen und zusätzlich (bewusst) anheizen - mitunter vordergründig aus ähnlich messianischen Motiven heraus wie radikale Islamisten.

Gerade der christlich geprägte Religionsunterricht kann sich hier in der Pflicht sehen, diese Problematik zum Unterrichtsgegenstand zu machen.

### Fremdsprachen

Womit wir direkt zum Fremdsprachenunterricht kommen. Sobald eine ausreichende Sprachkompetenz vorhanden ist, kann in allen mehrheitlich an saarländischen Schulen unterrichteten Fremdsprachen die Flüchtlingsproblematik auf die Tagesordnung gesetzt werden. Im Englischen ist dies mitunter vom Lehrplan (zumindest in der Oberstufe) im Rahmen des Sachtextbereiches Aspects of Society quasi zwingend vorgesehen. Es ist ausgeschlossen, sich über die Vereinigten Staaten angemessen zu unterhalten ohne auf die Situation der Millionen (illegaler) Einwanderer aus den Staaten Lateinamerikas zu verweisen, die oftmals unter dramatischen Bedingungen ihre Heimatländer verlassen, um sich auf eine Odyssee ins vermeintlich gelobte Land zu begeben.

Im Fach Spanisch sehen oftmals bereits die eingeführten Lehrwerke eine Thematisierung derselben Problematik vor; dies bietet sich allein schon deswegen an, da die Schüler zum Zeitpunkt des Fremdspracherwerbs in der 8., 10. oder 11. Klasse sind.

Sowohl die englisch-, wie auch die französisch- und spanischsprachige Welt blickt auf eine (post-)koloniale Geschichte zurück, im Laufe derer Millionen von Wirtschaftsflüchtlingen aus ihren Heimatländern in das jeweilige "Mutterland" Spanien, Frankreich oder Großbritannien migrierten. Somit steht auch hier das Flüchtlingsthema quasi in allen Fächern auf der Tagesordnung. In den Englisch G- und E-Kursen der gymnasialen Ober-



stufe gibt es den Themenkomplex English as a Global Language, der unter anderem die Möglichkeit bietet, Flüchtlingsströme aus linguistischer Sicht zu analysieren.

### ...und noch viel mehr

Natürlich kann auch in anderen Fächern das Thema "Flüchtlinge" zum Unterrichtsgegenstand gemacht werden. Dieser Artikel kann und soll nur ein Anreiz sein. Unterm Strich ist es wichtig, dass die Flüchtlingsproblematik nicht nur in den Nachrichten omnipräsent ist sondern aufgrund ihrer Bedeutung auch zwingend stärker im Unterricht thematisiert werden muss. Sie lässt sich umfassend darstellen und analysieren, sowohl im Rahmen des jeweils aktuellen Lehrplans wie auch unabhängig davon. Das Ziel muss sein, Schülerinnen und Schüler dafür zu sensibilisieren, denn viel zu oft trifft man auch in der öffentlichen Meinung auf eine "Mir egal"-Haltung. Das kann die Schule ändern. ■

Helmut Bieg

ANZEIGE

# WENN NIEMAND MEHR ÜBER DEN KRIEG IN SYRIEN BERICHTET, IST DANN AUTOMATISCH FRIEDEN?



REPORTER OHNE GRENZEN e.V. - WWW.REPORTER-OHNE-GRENZEN.DE - SPENDENKONTO IBAN: DE25 1009 0000 5667 7770 00 - BIC: REVODE33

**REPORTER  
OHNE GRENZEN**  
FÜR INFORMATIONSFREIHEIT  
[20 JAHRE]



# Bildung für Flüchtlingskinder

## Aktuelle Beschlüsse der GEW-Saarland

Der Landesausschuss der GEW Saarland hat am 15. Oktober in Bildstock auf Antrag des Landesausschusses für Migration, Diversity und Antidiskriminierung zwei Beschlüsse gefasst, mit denen sich die GEW für eine deutliche Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für Migrantenkinder einsetzt.



### Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien, von Asylsuchenden oder solche mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus von Beginn an qualifiziert bilden

Für die Kinder und Jugendlichen, die zentral in Lebach oder dezentral in den Kommunen mit oder ohne Familie leben, fordern wir zur Sicherung bzw. Erhalt ihrer bisherigen Bildung und Schaffung gerechter Bildungschancen eine qualifizierte Schul- und Bildungsunterstützung in den von ihnen besuchten Kindertagesstätten, allgemeinbildenden, Förder- und beruflichen Schulen.

Wir fordern von der Landesregierung auskömmliche personelle und sächliche Ressourcen an den Schulen bereitzustellen, damit die folgenden Ziele für alle Kinder und Jugendlichen in zentraler oder dezentraler Unterbringung erreicht werden:

- Unterstützung des Sprachlernens durch Lehrende mit muttersprachlichen Kompetenzen für alle betroffenen Kinder und Jugendlichen vom Tag 1 an;

- Berücksichtigung der muttersprachlichen Kompetenzen bei der Einschulungsuntersuchung und im Kooperationsjahr;

- die Schulleitungen der Schulen erhalten von den Schulträgern qualifiziertes Personal für sprachliche Bildung;

- Muttersprachliche Dolmetscher vom 1. Tag des Besuchs einer Bildungseinrichtung für die Elternarbeit;

- Unterstützung der Kooperation zwischen Eltern und Lehrkräften zum Abbau von Hemmnissen und Schaffung eines kultursensiblen Umgangs miteinander,

- Beratung von Kollegien, schulpсихologischen Diensten, Bildungsverwaltung

- über den Zusammenhang zwischen Lebens- und Lernbedingungen der Kinder und Jugendlichen,

- Schulen mit einer besonders großen Zahl von SchülerInnen nicht-deutscher Herkunftssprache erhalten mehr Personal für Unterricht, Sprachförderung, muttersprachlichen Unterricht als Schulen vergleichbarer Größe.

### Bildungs- und Erziehungspartnerschaft von Schule und Eltern in der Einwanderungsgesellschaft

Wir fordern die Landesregierung auf für die folgenden Ziele und Maßnahmen auskömmliche personelle und sächliche Ressourcen bereitzustellen.

#### Ziele:

- Entwicklung einer von Respekt und Wertschätzung getragenen „Kultur des Willkommens und der Anerkennung“ für alle Eltern und Schülerinnen und Schüler. Dazu gehört die Anerkennung, Förderung und Berücksichtigung der Herkunftssprachen im Rahmen der Förderung von Mehrsprachigkeit.

- Entwicklung von sprach- und kultursensiblen Konzepten und Strategien der Elterninformation und -beratung, z.B. über Schulsystem, Übergänge und Abschlüsse, Schullaufbahn, sowie Berufs- und Studienwahl.

- Entwicklung von vielfältigen Angeboten zur Stärkung der Elternpartizipation, die

Lebensformen und Biographien in einer Einwanderungsgesellschaft Rechnung tragen.

#### Maßnahmen in den Schulen:

- Kultur des Willkommens und der Anerkennung an der Schule,

- Mehrsprachige Informationen,

- Persönliche Beratung und aufsuchende Kontakte,

- Angebote der Beteiligung,

- Ermutigung zur Mitwirkung in den Gremien (Elternmitbestimmung)

- Fortbildung zur interkulturellen Kompetenz

#### Die Bildungsverwaltung

- schafft die Rahmenbedingungen für tragfähige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Schule und Eltern

- entwickelt Konzepte und Implementierungsstrategien für nachhaltige Bildungs- und Erziehungspartnerschaften zwischen Schulen und Eltern,

- unterstützt die Qualitätsentwicklung für eine gelingende Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Schulen und Eltern,

- tragen dafür Sorge, dass die Bedeutung von Erziehungs- und Bildungspartnerschaften in der Lehreraus- und -fortbildung Berücksichtigung finden;

- realisieren eine gute Kommunikation und Kooperation mit den Elternverbänden;

- informieren Eltern über die Möglichkeiten der Partizipation an schulischen Prozessen (auch in der Herkunftssprache);

- beteiligen sich ggf. an internationalen und europäischen Programmen von Erziehungs- und Bildungspartnerschaften;

- setzen sich weiterhin für die Unterstützung von Angeboten der Emigrantenorganisationen ein. ■

# Facharbeiter fallen nicht vom Himmel!

Obwohl bereits zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der demografischen Entwicklung Fachkräfte gesucht werden, tun sich die Unternehmen schwer damit, genügend junge Menschen auszubilden. Vor allem Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz. In ihrem diesjährigen Bericht an die Landesregierung fordert die Arbeitskammer ein Gegensteuern.

Trotz guter Konjunktur und der durch die demografische Entwicklung forcierten Debatte um den künftigen Fachkräftebedarf muss die Ausbildungsbilanz des vergangenen Jahres im Saarland bei objektiver Betrachtung mit der Bewertung ‚katastrophal‘ versehen werden: Sie erreichte mit 7.407 neu abgeschlossenen Verträgen einen bedenklichen Tiefstand. Bedenklich ist in diesem Zusammenhang auch der Umstand, dass sich im Saarland immer mehr Unternehmen aus der Ausbildung zurückziehen. Anstatt Fachkräftemangel zu beklagen, müssen die Unternehmen endlich mehr ausbilden, sonst fehlt am Ende tatsächlich das dringend benötigte Fachpersonal.

Angesichts dieser Entwicklung werden die Unternehmen nicht umhinkommen, verstärkt auch leistungsschwächere Jugendliche auszubilden. Hierbei müssen diese durch eine entsprechende Ausbildungsvorbereitung bzw. -begleitung unterstützt werden. Derzeit jedenfalls werden die Potentiale für zukünftige Fachkräfte von den Unternehmen nicht ausreichend genutzt. Aktuell beträgt die Einmündungsquote ausbildungsinteressierter Jugendlicher im Saarland 68,3 %. Das bedeutet, dass fast ein Drittel der Jugendlichen ohne den von ihnen angestrebten Ausbildungsplatz bleibt und ins Übergangssystem einmünden muss. Das duale System der Berufsausbildung wird letztlich aber daran zu messen sein, inwieweit es auf Dauer allen Schulabgängern die Chance auf einen Ausbildungsplatz ermöglicht und somit die vorhandenen Potentiale zur Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs nutzt. Die für einige Branchen bzw. Berufe, wie beispielsweise dem Handel oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe, bereits heute bestehenden Schwierigkeiten bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen werden sich allerdings nur dann beheben lassen, wenn sie für junge Menschen attraktiv sind und ihnen eine Zukunftsperspektive bieten.

#### Einstellungspraxis muss sich ändern!

Bei der Auswahl der Azubis hat sich zudem eine Praxis eingebürgert, die Sorgen bereitet:

Immer weniger Jugendliche mit Hauptschulabschluss finden einen Ausbildungsplatz, weil immer mehr Unternehmen für eine Ausbildung einen mittleren Bildungsabschluss oder das Abitur verlangen. Der Hauptschulabschluss hat sich durch diese Einstellungspraxis als Isolationsfalle erwiesen, da er wenig berufliche Perspektiven eröffnet und damit die individuellen Entfaltung- und Teilhabemöglichkeiten im Lebensverlauf stark einschränkt.

Eine mögliche Lösung ist die verbindliche Festschreibung einer Quotierung bei der

beispielsweise mit zusätzlichem Werksunterricht oder individueller Nachhilfe.

#### Reform des Übergangsbereichs dringend notwendig!

Immer noch mündet fast ein Drittel der ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Saarland nach der Schule in den sogenannten Übergangsbereich. Zur Unterstützung dieser Jugendlichen existiert momentan ein regelrechter Maßnahmenchungel. Nach Auffassung der Arbeitskammer des Saarlandes ist es deshalb notwendig, den Übergangsbereich zu



Auswahl der Azubis, wie sie beispielsweise die IG Metall Völklingen bereits 2009 in einer entsprechenden Resolution verabschiedet hat. Darin ist vorgesehen, dass sich die Zahl der Azubis jeweils zu einem Drittel aus Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur zusammensetzt. Darüber hinaus müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden die Ausbildung so zu gestalten, dass auch lernschwächere Jugendliche optimal auf ihren Berufsabschluss vorbereitet werden,

reformieren, um die Potentiale aller Jugendlichen nutzen zu können. Hierzu sind folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Um jedem Jugendlichen eine Chance auf eine berufliche Ausbildung zu geben und niemanden auf diesem Weg zu verlieren, sollen berufliche Schulen entsprechend dem „Hamburger Modell“ Teil der Ausbildungsgarantie für junge Menschen werden. D.h. allen Jugendlichen, die trotz mehrfacher Bewerbungs- und Vermittlungsversuche kei-

nen Ausbildungsplatz im dualen System gefunden haben, soll eine anerkannte und nachgefragte Ausbildung an den Lernorten Berufsschule, Träger und Betrieb angeboten werden.

In einer sozialverantwortlichen Gesellschaft muss es möglich sein, jeden Jugendlichen durch eine qualifizierte Berufsausbildung in das Arbeitsleben zu integrieren. Das Saarland leistet sich zu viele Jugendliche, die von der Schule in Perspektiv- und Arbeitslosigkeit entlassen werden. Dabei gibt es durchaus Unternehmen, die in der Ausbildung mehr leisten könnten: Betriebe mit großen Ausbildungswerkstätten und Abteilungen für Personalentwicklung hätten oft genug die finanziellen Ressourcen und das Know-how, mehr Jugendliche auszubilden.

**Berufliche Schulen noch immer das „Stiefkind“ der Bildungspolitik**

Trotz steigender Anforderungen an die beruflichen Schulen werden diese, insbesondere in finanzieller Hinsicht, weiterhin als „Stiefkind“ der Bildungspolitik behandelt. Eine seit Jahren chronische Unterfinanzierung wird auch durch den jüngsten Bildungsfinanzbericht des Statistischen Bundesamtes bestätigt. Dabei tragen die beruflichen Schulen im Saarland dazu bei, dass die Grundvoraussetzung einer wettbewerbsfähigen und dyna-

mischen Wirtschaftsregion geschaffen werden. Gleichzeitig stehen sie vor großen Herausforderungen. Gerade angesichts einer zum Teil schwierigen und äußerst heterogenen Schülerschaft, die es bildungspolitisch und gesellschaftlich zu integrieren gilt, kommt dieser Schulform eine äußerst wichtige Bedeutung zu.

Einerseits soll berufliche Bildung attraktiver werden, um damit den zukünftigen Fachkräftebedarf decken zu können, andererseits sollen für Jugendliche, insbesondere die Leistungsschwächeren unter ihnen, die Chancen verbessert und Inklusion umgesetzt werden. Diese Aufgaben erfordern ein leistungsstarkes berufliches Bildungssystem.

Aus Sicht der Arbeitskammer muss die „demografische Rendite“ in jedem Fall ohne Abstriche im Schulsystem verbleiben, d.h. auch anteilmäßig im berufsbildenden Schulsystem. Sie muss dabei zur Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen (u.a. kleinerer Klassenteiler, ausreichend und bestens ausgebildete Lehrkräfte, bedarfsorientierte Ausstattung mit Funktionsstellen) sowie für eine ausreichende sozialpädagogische Betreuung durch entsprechendes Fachpersonal genutzt werden.

Der von der Landesregierung unter dem Stichwort „zukunftsichere Landesverwal-

tung“ geplante Stellenabbau im öffentlichen Dienst darf angesichts einer nach wie vor bestehenden Unterpersonalisierung nicht zu einem Abbau von Lehrerstellen im Bereich berufsbildender Schulen führen.

**Eine moderne Gesellschaft braucht ein Recht auf Ausbildung**

Von einer guten beruflichen Bildung hängt vieles ab: Sie ermöglicht es den Jugendlichen erfolgreich ins Berufsleben einzutreten, garantiert ihnen gesellschaftliche Teilhabe und ist der zentrale Schlüssel für die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes. Gewerkschaften und Arbeitskammer fordern seit langem die Einführung einer „Umlagefinanzierung“. Dies bedeutet: Wer nicht oder in zu geringem Maß ausbildet, muss zahlen! Und das sind immerhin mehr als zwei Drittel der Betriebe. Dieses Geld soll anderen Unternehmen zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wer also gut ausgebildete Fachkräfte haben möchte, muss seinen Beitrag zur Ausbildung leisten! ■

**Dr. Carolin Lehberger**  
Arbeitskammer

Artikel bereits erschienen in arbeitnehmer Heft 4/2014 der Arbeitskammer des Saarlandes



Landesjugendring Saar

**Der Landesjugendring stellte Schwerpunkte der Jugendverbandsarbeit vor**

**„Mittel für den Landesjugendring, die Jugendverbände und ihre Projekte sind sehr gut angelegtes Geld“**

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des saarländischen Landtags befasste sich am Mittwoch (18.6.2014) mit der Arbeit des Landesjugendrings Saar. Dazu gaben der jugendpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Uwe Conradt und der jugendpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Sebastian Thul folgende Erklärung an die Presse:

„Der Landesjugendring hat veranschaulicht, dass das Saarland über eine einzigartige Zusammenarbeit von ehrenamtlich tätigen Jugendorganisationen verfügt. Die gute Zusammenarbeit von Trägern der Jugendarbeit unterschiedlicher Prägung stellt einen Wert an sich dar und ist nicht selbstverständlich. Die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit können sich sehen lassen - von der Ausbildung von Jugendleitern über Medienkompetenzprojekte wie den Jugendserver Saar oder Bildungsprojekte und das Workcamp am ehemaligen Gestapo-Lager Neue Bremm, bis hin zur landesweiten Kampagne DingDeinDorf, an

der mehr als 3.000 Jugendliche teilgenommen haben, um unsere Städte und Gemeinden jugend- und kinderfreundlicher zu gestalten. Der Landesjugendring bildet bei all dem den zentralen Ausgangspunkt für ein großes ehrenamtliches Engagement von zahlreichen Jugendlichen insbesondere in seinen Mitgliedsverbänden. Es zeigt sich, dass die Mittel im saarländischen Landeshaushalt für den Landesjugendring, die Jugendverbände und ihre Projekte sehr gut investiertes Geld sind.“

In der Sitzung haben die Vertreter des Landesjugendrings, der Landesregierung und des Landesjugendamtes auch über die geplanten Änderungen zur Richtlinie zur Förderung von Bildungsmaßnahmen der Träger der Jugendarbeit berichtet. Hierbei zeigt sich, dass die bestehenden Haushaltsansätze auch in Zukunft ausreichend sein dürften, um die Maßnahmen zu fördern, für die ein gesetzlicher Förderanspruch besteht, gleichzeitig sollen diese Maßnahmen Träger zu einer besseren Planbarkeit der Mittelverwendung beitragen

und zukünftig Maßnahmen halbjährig voranmelden.

„Es ist erfreulich, dass die Träger von Jugend-Bildungsmaßnahmen wohl auch in den kommenden Jahren verlässlich ihre Bildungsmaßnahmen planen können. Wir möchten, dass auch in Zukunft eine breite Anbietervielfalt bei Jugend-Bildungsmaßnahmen besteht, deshalb sollte die Pflicht zur Voranmeldung von Maßnahmen nur jene Träger erfüllen müssen, die mehr als drei Bildungsmaßnahmen pro Jahr durchführen. Deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich die Überlegungen, die bisherige unbürokratische Förderpraxis für die kleineren Maßnahmen-träger weiter fortzuführen“, erklären die jugendpolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Uwe Conradt und der SPD-Landtagsfraktion Sebastian Thul. ■

Landesjugendring Saar  
<http://www.landesjugendring-saar.de/aktuelles/newsdetail/artikel/mittel-fuer.html>

ANZEIGE



**Bildung macht stark – Helfen Sie mit!**

**Spenden Sie Schule.**  
**Spendenkonto**  
**300 000**  
**BLZ 370 205 00**  
**schulenuerafrika.de**

**Sozialpädagogik durch Kooperation unterschiedlicher Professionen**

**5. Fachtagung „Soziale Arbeit im Kontext von Schule“**

Bereits zum fünften Mal fand diese Fachtagung am Freitag, 10.10.2014, mit 150 TeilnehmerInnen in den Räumen der HTW auf dem Campus Rastpfuhl in Kooperation mit der GEW, dem LPM, dem ILF, der AK des Saarlandes u.a. statt.

Ein gelungenes Tagungsformat, zwei Vorträge am Vormittag und fünf Workshop-Angebote am Nachmittag ließen vermuten, dass hier jede und jeder für sich würde etwas mitnehmen können.

**Erster Vortrag „Sozialpädagogik durch Kooperation unterschiedlicher**

**Professionen – die Perspektive der Kinder- und Jugendhilfe“:**

Prof. Dr. Stephan Maykus von der Hochschule Osnabrück stellte in seinen Ausführungen eine lebensweltorientierte Sozialpädagogik, die von den Kindern und Jugendlichen und deren vielfältigen Bildungsorten und Lernwelten auszugehen habe, in den Mittelpunkt.

Diese Lebensweltorientierung lege zwingend eine Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe zugrunde, da die Schule einen wesentlichen Platz in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen einnehme. Verdeutlicht wurde dies durch die Lebensweltzeich-

nung von Tamana, die nicht nur unterschiedliche Bildungsorte und Lernwelten darstellte, sondern diese auch durch eine entsprechende Farbgebung in positiv besetzte und Angst machende Orte unterschiedet.

Am Beispiel der „Stadtteilschule Am Hafen“ in Hamburg, zeigte Prof. Maykus wie eine gelingende Kooperation zwischen Schule und Sozialpädagogik aussehen kann (Projekt „Leinen los“, das ab der Klassenstufe 5 die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf Leben und Beruf zum Ziel hat).

In der Kooperation von Schule und Jugendhilfe machte Prof. Dr. Maykus drei Entwicklungsstufen aus:





■ Als sich in den 70/80er Jahren vermehrt soziale Probleme in der Schule äußerten, wurde Schulsozialarbeit zu deren Kompensation eingerichtet.

■ Als in den 90er Jahren einerseits die gesellschaftlichen Funktionsdefizite der Schule immer deutlicher wurden, andererseits die Bilanz der Kompensationsaufgabe der Schulsozialarbeit ernüchternd war, verlagerten sich Kooperationsschwerpunkte in Richtung Prävention.

■ Seit 2000 rücken die sozialen Mängel des Bildungssystems in den Fokus, und es kommt zu einer Aufwertung sozialer Kontexte von Bildung - wobei Bildungsbiografien als Vorbild für Bildungsorganisation genutzt werden. In der Kooperation von Jugendhilfe und Schule steht seitdem die gemeinsame Gestaltung ganztägiger Bildung in kommunalen Bildungslandschaften im Mittelpunkt.

**Zweiter Vortrag: „Zusammenspiel der Berufsgruppen am Beispiel der IGS Göttingen-Geismar“**

Wolfgang Vogelsaenger, der Leiter dieser Gesamtschule, die 2011 den Deutschen Schulpreis erhielt, hob hervor, dass alle unterschiedlichen Professionen, die an seiner Schule arbeiten, von den Grundbedürfnissen der Schulkinder ausgingen: Im Bereich Lernen sind neben GesamtschullehrerInnen, Gymnasial-, Berufsschul- und FörderlehrerInnen auch Sozialpädagogen, Studenten und Referendare in Jahrgangsteams für das Lernen und die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen verantwortlich. Diese Teams arbeiten auto-

nom, erstellen Stunden- und Vertretungspläne selbst und treffen sich regelmäßig zum fachlich-pädagogischen Austausch.

Im Bereich Leben werden Eltern und Erziehungsberechtigte von den LehrerInnen in vier Tischgruppenelternabenden pro Jahr an der Gesamtentwicklung und dem Leistungsstand der Kinder beteiligt.

Im Bereich Wachsen wird der Persönlichkeitsbildung der Kinder und Jugendlichen durch Angebote von Zirkusleuten mit Gastspielen auch in anderen Städten, von Musikern, Sportlern, Künstlern, Wissenschaftlern und Gärtnern Rechnung getragen.

Im Bereich Essen sorgen drei Köche und fünf Mensafrauen, die fester Teil der Schulgemeinschaft und der Dienstaufsicht des Schulleiters unterstellt sind, dafür, dass täglich 1200 Essen frisch gekocht an die SchülerInnen ausgegeben werden können.

Für den Bereich der Freizeitgestaltung stehen sechs bis sieben Sozialpädagogen, die die Spielezentrale betreuen, zur Verfügung. Das ermöglicht allen Kindern auch ohne Probleme mit den Sozialpädagogen der Schule in Kontakt zu kommen. Daneben sind Vereine, Studenten und AG-Leiter um ein breitgefächertes Angebot im Freizeitbereich bemüht. Hilfe erfahren die Kinder und Jugendlichen von der Schulleitung, den Tutoren, den Sozialpädagogen, ausgebildeten Streitschlichtern und Beratungslehrern. Auch hier gilt der Grundsatz: Jede/jeder hilft, wo er/sie kann. Eine (Un-)Kultur des Wegschauens gibt es hier nicht.

Auch für den Bereich Perspektiven entwickeln und Gesunden hat man in Göttingen-Geismar dank multiprofessioneller Teams Antworten gefunden. Diese Teams, so Wolfgang Vogelsaenger, arbeiten gelingend zusammen, wenn sie Aufgaben haben, an denen sie wachsen, wenn sie Verantwortung übertragen bekommen, die sie übernehmen und wenn sie Autonomie erhalten, die sie mit Leben füllen.

Zu den Gelingensbedingungen dieser Schule, die seit nunmehr 40 Jahren besteht, zählt Vogelsaenger eine gute Portion zivilen Ungehorsams seitens der Schulleitung, ein durchgängiges Konzept, das Wahren bewährter Traditionen und gute Ergebnisse, was die Abschlüsse der SchülerInnen angeht.

**Intensive Arbeit in den Workshops am Nachmittag**

Für mehr als zwei Zeitstunden wurde in folgenden Workshops mit fachlich qualifizierten Referenten gearbeitet:

- AG 1: Kooperation bei individuellen Hilfen
- AG 2: Inklusion - eine große Herausforderung für die Zusammenarbeit der Professionen
- AG 3: Gruppenentwicklung im Kontext von (Ganztags-)Schule
- AG 4: Kooperationsmanagement im Hilfe- und Förderalltag
- AG 5: Jugendarbeit im Rahmen der Schulpflicht - Ein Widerspruch?

**Fazit:**

Das Ziel der Veranstalter, Anregungen und Antworten auf die Frage zu finden, wie die unterschiedlichen Professionen strukturell, organisatorisch und inhaltlich am Ort „Schule“ kooperieren können, hat die Tagung meines Erachtens erreicht...

Schade eigentlich, dass nur fünf LehrerInnen dabei waren. ■



**Anna Haßdenteufel**

# Aufruf zur Rettung der Hochschulen im Saarland



Die GEW Saarland hat auf ihrem Landesausschuss am 15.10. in Bildstock beschlossen, sich dem Bündnis zur Hochschulrettung anzuschließen und den nachstehenden Aufruf zu unterstützen.

Vor kaum zweieinhalb Jahren haben alle Parteien im Landtagswahlkampf versprochen, nicht an der Bildung junger Menschen zu sparen, um die Schuldenbremse einzuhalten. Heute wissen wir: Das Versprechen hat diese Landesregierung nicht gehalten. Eine unsolide und unsoziale Kürzungswelle rollt auf die saarländische Hochschullandschaft zu. Sie wird Bildung und Wissenschaft an der Saar erheblich schädigen und die Zukunftsfähigkeit des Saarlandes bedrohen. Dabei hat die Unternehmensberatung PWC in einem Gutachten vor den Kürzungsentscheidungen der Landesregierung aus dem Jahr 2011 „in der Gesamtbetrachtung des Hochschulbereichs kein rechnerisches Einsparpotenzial“ gesehen.

Das „Bündnis zur Rettung der Hochschulen im Saarland“ ist eine breite gesellschaftliche Initiative, die sich aus hochschulpolitischen, volkswirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gründen gegen den geplanten Millioneneingriff in den Hochschulhaushalt durch die CDU- und SPD-geführte Landesregierung wendet:

- Wir fordern einen Hochschuletat, der nach Jahren der Unterfinanzierung mindestens den durchschnittlichen Ausgaben der Bundesländer angepasst wird!
- Wir fordern existenzsichernde Löhne und stabile Beschäftigungsbedingungen für das wissenschaftliche sowie das Verwaltungs- und technische Personal!
- Wir fordern die vollständige Übernahme der Tarif- und Energiekostensteigerungen durch das Land!
- Wir fordern ein breites Fächerangebot und gute Voraussetzungen für wissenschaftliche Spitzenleistungen!
- Wir fordern Bildungsgerechtigkeit, insbesondere vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung des Saarlandes und der sozialen Folgen für die Bevölkerung!
- Wir fordern einen Hochschulentwicklungsplan, der mit allen Beteiligten erarbeitet wird - transparent, planungssicher und nachhaltig!
- Wir fordern eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur für eine starke Hochschullandschaft im Herzen Europas!

Vom Saarland wird erwartet, dass es sich keine besseren Standards leistet als der Durchschnitt der Länder, weil das Saarland vom Bund und anderen Ländern Konsolidierungshilfen erhält. Im Ländervergleich wendet das Saarland aber nach dem in diesem Jahr veröffentlichten Bildungsfinanzbericht schon jetzt weit weniger Grundmittel bezogen auf einen Studienplatz auf als die übrigen Bundesländer. Auch bezogen auf die Einwohnerzahl sind die Hochschulausgaben des Saarlandes je Einwohnerin, bzw. Einwohner im bundesweiten Vergleich weit unterdurchschnittlich. Dennoch ist es den Hochschulen gelungen, sich nationale und internationale Strahlkraft in Forschung und Lehre zu erarbeiten. Jedes Jahr ziehen sie Tausende junger Menschen ins Saarland und bringen gefragte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hervor. Auch der Wissenschaftsrat bescheinigt den saarländischen Hochschulen ihre Leistungsfähigkeit. Spitzenforschung und ein breit gefächertes Studienangebot sind das Fundament, das wir stärken und nicht schwächen sollten.

Damit auch weiterhin junge Menschen den Weg ins Saarland finden und die Saarländerinnen und Saarländer sich für ein Studium in der Heimat entscheiden, müssen sie hier



auch ihre Studienpläne verwirklichen können. Die Voraussetzung dafür sind eine solide finanzielle Ausstattung, eine starke soziale Infrastruktur mit attraktiven Wohnungen, Versorgungseinrichtungen und öffentlichen Transportsystemen sowie ein klares Bekenntnis der Politik zu den Hochschulen. Dazu gehört auch eine Universitäts- und Landesbibliothek, die den Namen verdient. Die Kürzungspläne der Landesregierung führen allerdings dazu, dass die Zahl der Lehrenden sinkt und das Fächerangebot reduziert wird. So wandern motivierte junge Menschen ab und wir verlieren an Wissen, an Lebensqualität und am Ende unsere Zukunft!

Bisher ist es auch den Studierenden zu verdanken, dass das Saarland und insbesondere seine Landeshauptstadt Saarbrücken wirtschaftlich florieren. Im Wintersemester 2013/14 gab es an saarländischen Hochschulen insgesamt 28.657 Studierende, darunter 17.806 an der Saar-Uni und 5.690 an der htw saar. Die hier wohnenden Studentinnen und Studenten versorgen sich in den Büchereien mit Literatur, kaufen ihre Lebensmittel im Supermarkt, beim Bäcker, beim Metzger um die Ecke, zahlen Miete, besuchen das Kino, das Museum oder den Zoo. Sie gründen Familien, manche starten nach dem Studium ein Unternehmen und sorgen für Arbeitsplätze. Das Nauwieser Viertel wäre ohne Studierende kaum vorstellbar.

All das ist für die Konjunktur im Saarland unverzichtbar. Hinzu kommen die durch Spitzenforschung eingeworbenen Forschungsgelder, die sogenannten Drittmittel. Alleine an der Universität des Saarlandes lagen diese im vergangenen Jahr bei 83 Millionen Euro – so viel wie nie zuvor. Eine Studie zu den ökonomischen Effekten der Saar-Uni hat ergeben,

dass die Hochschule allein 350 Millionen Euro jährlich zur Bruttowertschöpfung des Saarlandes beiträgt. Dem gegenüber steht der Landeszuschuss an die Uni von 179 Millionen Euro ab dem Jahr 2015. Jeder in die Hochschullandschaft investierte Euro bringt also mindestens 1,60 Euro für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

Eine sinkende Grundfinanzierung und die damit verbundene Verkleinerung der Hochschulen führen zwangsläufig zu geringerer Leistungsfähigkeit. Das wirkt sich unmittelbar auf die Einwerbung von Drittmitteln aus. Mit weniger Personal und mit reduzierter Ausstattung werden die saarländischen Hochschulen im Wettbewerb mit den anderen Hochschulen beim Einwerben von Drittmitteln zurückfallen. Dies wird sich also mehrfach negativ auf die Einnahmen der Hochschulen und des Landes auswirken.

So war bereits die schrittweise Abschaffung der Sozialwissenschaften an der Universität ein Fehler, der korrigiert werden muss. Nicht nur im Sinne einer funktionierenden Volluniversität werden Politikwissenschaften und Soziologie schmerzlich vermisst. Gerade für eine sinnvolle gegenseitige Verzahnung von HTW und Universität werden an beiden Institutionen funktionierende Sozialwissenschaften gebraucht.

Es ist der wohnortnahen und breit aufgestellten Hochschullandschaft im Saarland zu verdanken, dass Bildungsgerechtigkeit hier eine große Rolle spielt. Sozialer Aufstieg durch Bildung gelingt im Saarland sehr viel stärker als an anderen Hochschulen Deutschlands. Nationale Bildungsstudien bestätigen dies. Ein Wegbrechen von Studienangeboten sorgt dafür, dass Studierende an andere Studien-

orte ausweichen müssten, mit allen Konsequenzen und Kosten. Letztere wird nicht jeder tragen können.

Unter dem Spardiktat der Landesregierung wird der saarländische Arbeitsmarkt jedoch langfristig leiden. Für den universitären gilt das bereits heute. Die Beschäftigungsbedingungen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind dramatisch. 83 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Saar-Uni sind befristet angestellt. Von den Budgetkürzungen werden zu allererst diese hochqualifizierten Menschen betroffen sein. Viele Zeitverträge werden nicht verlängert werden. Somit wird für zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die Grundlage für einen erfolgreichen Abschluss der Promotion oder Habilitation genommen. Außerdem werden bereits heute Hilfswissenschaftler und Lehrbeauftragte mit Gehältern zum Teil noch unter dem Mindestlohn bezahlt.

Die Hochschulen des Saarlandes sind ein wichtiger Faktor für den Strukturwandel und wirtschaftlichen Erfolg des Landes sowie für seine kulturelle und gesellschaftliche Entwicklung. Damit sie das auch künftig bleiben, muss es weiterhin ein breites, attraktives Lehrangebot geben. Sie müssen in der Lage sein, ihre Spitzenforschung auf vielen Gebieten weiterhin zu betreiben und auszubauen. Dazu gehört auch die europäische Kernkompetenz der saarländischen Hochschulen nicht nur dem Namen nach zu stärken. Das wird jedoch unter dem aktuellen Spardiktat künftig nicht mehr gelingen. Die Landesregierung muss das erkennen. An der Zukunft der Hochschulen zu sparen, bedeutet letztlich, an der Zukunft des Saarlandes zu sparen. ■

Peter Balnis

## Politische Vernetzung als gesellschaftlicher Katalysator

'Können Gewerkschafts-Genossenschaften helfen, die Demokratie zu retten?' Mit dieser Frage beschäftigte sich unlängst ein Vortrag des U.S. Aktivisten John Clay in der saarländischen Arbeitskammer. Referenz war das vielbeachtete Abkommen zwischen dem weltgrößten Genossenschaftsverband Mondragon im spanischen Baskenland und der größten Industriegewerkschaft der USA, den Stahlarbeitern. Inspiriert von dieser Kooperation werden zur Zeit in verschiedenen U.S. Bundesstaaten die Rechtsform der Genossenschaft, die Institution 'Gewerkschaftskomitee', was in etwa dem Betriebsrat entspricht, und Tarifverträge in Betrieben zusammengeführt.

Für Gewerkschaften ist ein hoher Organisationsgrad die erste Voraussetzung, Demokratie und Beteiligung zu erreichen. Realität ist aber auch, dass in Deutschland, USA und in anderen westlichen Ländern der Anteil von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten seit einer Generation zurückgegangen ist. Von daher wird Vernetzung mit anderen Organisationen, welche die eigenen Praktiken und Prinzipien verstehen, ihnen sympathisch gegenüber stehen, noch zentraler als sie bisher schon war.

Idealtypisch überspitzt könnte man sagen: noch in den 1960er Jahren waren die großen Parteien mit ihren 'Kümmerern' und Partebüros primäre Adressaten für Sorgen und Nöte der Bevölkerung. In den 1970er und frühen 1980er Jahren übernahmen soziale Bewegungen und Massendemonstrationen die Rolle des Motors gesellschaftlicher Entwicklung. Heute bezeichnet 'Vernetzung' den Modus Vivendi gesellschaftlicher Gruppen, um einen Unterschied zu machen. Strategisch schafft Vernetzung die Chance, gemeinsam Konzepte weiterzuentwickeln, Finanzierungsmöglichkeiten zu eröffnen und politische Forderungen zu stellen.

Den Vorteil der Vernetzung erkannte Herbert Deister, ehemals Bezirksstellenleiter der Gewerkschaft Holz und Kunststoffe, bereits 1986. Er entwickelte ein erfolgreiches Fortführungsmodell für die insolvent gewordene Fenster- und Fassadenfirma Petri in Bexbach, indem er seine Gewerkschaft, die Belegschaft, die Bistümer Trier und Speyer, die evangelische Kirche Speyer, die katholische Arbeiterbewegung (KAB), eine lokale Sparkasse,

das Arbeitsamt, und die saarländische Landesregierung dazu bewegte, Solidaritätsbeiträge zu leisten.

International stehen Gewerkschaften vor der Aufgabe, wahrhaft globale Institutionen zu werden. Diskussionen betonen Bündnisse mit anderen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs), denn gewerkschaftliche Schlagkraft braucht ein unterstützendes politisches Umfeld. Handlungseffizienz zur Lösung komplizierter Herausforderungen erfordert ebenso ein Weniger an bürokratischer Mentalität und ein Mehr an internationalen Netzwerken von Gewerkschaftsaktivisten.

Wo Gewerkschafter in Kooperation mit Bündnispartnern Mitarbeiterbeteiligung und sogar Belegschaftsbetriebe durchsetzen, ist die genossenschaftliche Rechtsform die demokratischste. Hier gilt das Prinzip 'eine Person, eine Stimme', unabhängig von der Zahl der Anteile. Genau wie Gewerkschaften stehen Genossenschaften von ihrem Ursprung her für gemeinschaftliche Selbsthilfe, Solidarität, und Vertrauen. Letzteres hat sich gerade in einem traditionellen Bereich der Genossenschaftsbewegung, nämlich dem Kreditwesen, bewiesen. Genossenschaftsbanken haben die Finanzkrise nahezu unbeschadet überstanden und Kunden gewonnen. Heute gibt es neue Bereiche.

Ob Bürgerenergieprojekt, Dorfladen, internationaler Stadtteilmarkt, Schwimmbad, oder gemeinsames Wohnen: wo individuelles Engagement, Kleinteiligkeit, Vielfalt, MultiKulti,

und Vernetzung Teil des Selbstverständnisses sind, bietet sich die genossenschaftliche Rechtsform an - und wird ihr neues Leben eingehaucht. Genossenschaftliche und basisdemokratische Organisation ist Identifikationsmerkmal der Vision "Mitmach-Stadt".

Gewerkschaften sind im Privat- und öffentlichen Sektor eine Selbstverständlichkeit. Aber auch die gemeinschaftliche, genossenschaftliche Selbsthilfe und den öffentlichen Sektor sollte man zusammen denken. So argumentiert der bedeutende amerikanische Sozialphilosoph Michael Walzer<sup>(1)</sup>. Denn auch der öffentliche Sektor ist gekennzeichnet durch Bürokratie, Hierarchie und Entfremdung. Deshalb ist die progressive Alternative zu privatem Management nicht das verstaatlichte Management, sondern a) Selbst-Management, l'autogestion, Arbeiterkontrolle, in Anlehnung an Gildensozialismus und Syndikalismus. Ergänzt b) durch die Partizipation der Leistungsempfänger selbst - Beispiele sind das 'participatory budgeting' in Venezuela und Brasilien und die 'community action' Programme in den USA der 1960er Jahre.

Eine Diskussion zu diesen Fragen von 'Demokratie heute' in Schulen und Universitäten ist überfällig. ■

**Dr. Stephan Peter**  
organisiert die Werkstatt Wirtschaftsdemokratie bei der Fraktion DIE LINKE im saarländischen Landtag.

<sup>(1)</sup> Michael Walzer, Socializing the Welfare State, in: 'Dissent' Magazin, Sommer 1988, S. 292-300.

ErzieherInnen verdienen mehr

... für ein besseres



# Landesausschuss 2014 in Bildstock

„Auch aus Steinen, die uns in den Weg gelegt werden, lässt sich etwas Hübsches bauen.“ Mit diesen Goethe zugeschriebenen Worten beendete Birgit Jenni den diesjährigen GEW-Landesausschuss, der am 15. Oktober im aus gewerkschaftlicher Sicht geschichtsträchtigen Rechtsschutzsaal - das erste Gewerkschaftsgebäude Deutschlands - in Bildstock statt fand. Die kleinen, großen und sehr großen Steine, die an diesem Tag zur Ansicht standen, bzw. in Bewegung versetzt wurden, waren ebenso zahlreich wie bedeutsam.

## Aktuelle Politische Fragen

100 Jahre nach Ausbruch des 1. Weltkriegs und 75 Jahre nach Ausbruch des 2. Weltkriegs lebten wir heute wieder in einem Kriegszeitalter und die Forderungen nach einem stärkeren militärischen Engagement Deutschlands würden zunehmend lauter, so die Feststellung des Vorsitzenden Peter Balnis. Jedoch, so Peter, seien die hinter den aktuellen Kriegen stehenden Konflikte militärisch nicht lösbar, wie die Entwicklungen - beispielsweise in Afghanistan und Irak - klar zeigten. Peter bekräftigte, dass Deutschland internationale Verantwortung übernehmen müsse, jedoch in



GEW-Landesvorsitzender Peter Balnis bei seiner Rede auf dem LA

Form von konsequenten Rüstungsexportstopps und der massiven Entsendung von Hilfskräften, aber nicht derer von Soldaten. Die Aufgabe, die uns als PädagogInnen in dieser Hinsicht zu falle, sei es, Kinder und Jugendliche zum Frieden zu erziehen, sie in einem Geiste zu erziehen, der mit der Logik der militärischen Sicherheitspolitik radikal bricht.

Des weiteren mahnte der Vorsitzende an, dass sich die Gewerkschaften geschlossen für

die Ablehnung der beiden Freihandelsabkommen TTIP und CETA einsetzen und den sofortigen Stopp der Verhandlungen fordern sollten. Beide Abkommen stellten eine akute Bedrohung der öffentlichen Daseinsvorsorge einschließlich des öffentlichen Bildungswesens dar. Die GEW unterstreiche das Menschenrecht auf Bildung - und ein Menschenrecht dürfe nicht dem Markt überlassen werden.

Was die Gespräche mit der Landesverwaltung anbelangt, so betonte Peter zunächst die Erfolge (Tarifübertragung, Gesundheitsschutz, Pflege von Angehörigen, Urlaub, etc.). Jedoch hätten die Gespräche bezüglich vieler Bereiche einen schalen Beigeschmack bekommen, da die Landesregierung abseits des Gesprächstischs einseitig Fakten schaffe. Als Beispiel nannte Peter hier die nahezu restlos aufgebrauchte sogenannte Demografische Rendite, die dramatischen Kürzungen im Hochschulbereich per ordre de Mufti, das Liebäugeln seitens Teilen der Landesregierung damit, die Beamtenbesoldung künftig per Gesetz zu regeln, statt durch eine Übertragung der Tarifergebnisse oder die Idee aus „Gerechtigkeitsgründen“ im Bildungsbereich ebenfalls Kürzungen von 10 % vorzunehmen – eine Idee, die übrigens auch beim Beamtenbund Anhängerinnen und Anhänger findet. Dies alles zeige, so Peter, dass es Zeit wird, auf die andere Seite gewerkschaftlichen Handelns zu setzen, nämlich Kritik, Konfrontation, Druck und Aktion.

## Finanzen

Die gute Nachricht: Dank solider Haushaltspolitik konnte Schatzmeister Gerhard Graf in der Bilanz für das Haushaltsjahr 2013 einen noch nie dagewesenen Rekordüberschuss ausweisen. Ein solcher Überschuss sei zunächst einmal sehr erfreulich, so Gerhard, jedoch hätte er es lieber gesehen, wenn von diesem Geld noch einige sinnvolle gewerkschaftliche Projekte finanziert worden wären. Der rekordartige Überschuss, und das ist die weniger gute Nachricht in diesem Zusammenhang, ist nämlich auch Zeichen für einen Rückgang gewerkschaftlicher Projekte in den verschiedenen Gremien der GEW.

## Mitglieder- und Organisationsentwicklung

Auch im Jahr 2013 hat sich der Trend der steigenden Mitgliederzahlen fortgesetzt. Mit einer Zuwachsrate von 3 % hat der Landesverband Saar prozentual den höchsten Mitgliederzuwachs unter allen Landesverbänden zu verzeichnen. Dies ist sicher ein Zeichen für die

gute inhaltliche Arbeit, die positive öffentliche Wahrnehmung der GEW und nicht zuletzt für die Intensivierung der Mitgliederwerbung – hier vor allem an den Hochschulen in Saarbrücken und Koblenz-Landau und an den Studienseminaren.

Tarif- und Beamtenrecht, Vertrauensleute- und Schulsozialarbeit - diese Bereiche sind das momentane Hauptaugenmerk der GEW in Bezug auf ihre Organisationsentwicklung. Der Vorsitzende bilanzierte in diesem Zusammenhang die konkreten Schritte in diesen Handlungsfeldern gewerkschaftlicher Arbeit. Neben vielen anderen Schritten nannte er die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu L-EGO, die Etablierung eines jährlichen Vertrauensleutefests - das erste fand im Juni statt- oder die Gründung der Projektgruppe „Jugendhilfe und Schule“.

## Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die Delegierten im Rechtsschutzsaal widmeten sich der inhaltlichen Arbeit in drei Gruppen.

- Arbeitsbedingungen und Gesundheitsbelastung
- Inklusion - erste Bestandaufnahme
- Hochschulentwicklung

### 1. Arbeitsbedingungen und Gesundheitsbelastung

Rege Diskussionen auf Grundlage der Ergebnisse der von der GEW in Auftrag gegebenen Gesundheitsstudie (s. Oktober-EuWiS) mündeten in folgende Anträge an den Landesausschuss (Kurzfassungen):

- Die Landesregierung wird aufgefordert ein Kompetenzzentrum zur Implementierung eines flächendeckenden Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) einzurichten.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, die Gesundheitsvor- und fürsorge mindestens an den Standard des Landes Rheinland-Pfalz anzugleichen.
- Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die gesetzlichen Vorgaben für ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) zu schaffen.

### 2. Inklusion - erste Bestandaufnahme

Bei der Diskussion dieser Arbeitsgruppe standen drei Leitfragen im Mittelpunkt:



Die Delegierten des LA bei der Arbeit.

- Was hat sich verändert?
- Was funktioniert nicht?
- Was muss noch verändert werden?

### Was hat sich verändert?

Positiv bewerteten die Delegierten: Förderschullehrer sind an festen Grundschulen. Das bringt Personalkonstanz. Zeitaufwändige Diagnostik als Grundlage zur Exklusion fällt weg. Sonderpädagogische Kompetenz ist nicht mehr an ein Kind gebunden. Es besteht eine flächendeckende Versorgung mit Förderschullehrkräften an Grundschulen. Team-teaching ist gefordert.

Als positiv wurde grundsätzlich auch die Budgetierung bewertet, jedoch kritisierten die Teilnehmer, dass die Budgetierung sehr unterschiedlich erfolgte und es so zu Verwerfungen komme. Als Beispiel wurde die Grundschule Weyersberg genannt - eine 5-zügige Grundschule mit lediglich drei FörderschullehrerInnen.

### Was funktioniert nicht?

Kritisch wurde angemerkt: Bisher wurde Kindern mit diagnostiziertem Förderbedarf ein festes Kontingent an Förderstunden mit der Förderschullehrkraft zugewiesen. Jetzt entscheidet die Schule über die Budgetierung. Eltern könnten das als Benachteiligung empfinden. Konsequente Umsetzung der Inklusion braucht konsequente Schulentwicklung. Die vom Ministerium zur Verfügung gestellten 2-4 Stunden reichen dafür bei weitem nicht aus. Es braucht mehr verbindliche Fortbildungen für SchulleiterInnen und Lehrkräfte zur Schulentwicklung und klare Kriterien für „die gute inklusive Schule“. Modellschulen entwickeln sinnvolle Neuerungen (z.B. zensurenfreie Leistungsbewertung), die aber politisch verworfen werden.

### Was muss noch verbessert werden?

Es braucht mehr Systemzeit, mehr verbindliche Fortbildungen für erfolgreiche Schulentwicklung und zum Teamteaching. Unterricht muss kompetenzorientiert gestaltet werden und die Bewertung ebenso. Lehrende müssen eine Haltung entwickeln, sich für alle Kinder verantwortlich zu fühlen, auch für diejenigen, die bisher von Förderschullehrkräften betreut worden sind. Darüber hinaus sollten Lehrkräfte Heterogenität wahr- und ernst nehmen und ihre Lernarrangements danach ausrichten. Schule braucht mehr Systemzeit zur Schulentwicklung. Eine inklusive Schule darf keine Selektion durch Ziffernnoten betreiben.

### 3. Hochschulentwicklung

Auf der Grundlage von Einsparungen und Umstrukturierungen sollte auf der Basis der Empfehlungen des Wissenschaftsrats die Zielmarke von 20% Einsparung erreicht werden, so die Aufgabe an die von der Staatskanzlei beauftragte Arbeitsgruppe - einem kleinen Geheimzirkel ohne Arbeitnehmervertretung oder Studierendenvertretung.

Die Ergebnisse dieser Gruppe lassen keine bildungspolitische Linie erkennen. Die Hochschulpolitik der Landesregierung scheint allein von der Maßgabe getrieben zu sein, Kürzungen vorzunehmen, damit sie die Schuldenbremse einhalten kann. Dabei werden viele wichtige Perspektiven völlig außer Acht gelassen. Die momentan von der Arbeitsgruppe ins Auge gefassten Maßnahmen sind:

- Reduktion der Studierendenzahlen
- Fächerstreichungen
- Bildung von Kooperationsplattformen zwischen den Hochschulen

Die Maßnahmen Reduktion der Studierendenzahlen und Fächerstreichungen erschienen den Delegierten als besonders ablehnenswert, weil sie bildungspolitisch und volkswirtschaftlich nicht verantwortbar sind. Das Vorhalten eines breiten Fächerangebots fördert die Möglichkeit des wohnortnahen Studierens und so die Bildungsgerechtigkeit und hohe Studierenden- und Lehrendenzahlen sorgen dafür, dass Geld in Handel und Gastronomie dieses Bundeslandes gespült wird. Hier sei nochmals auf die Ergebnisse der diesbezüglichen Studie von Eike Emrich u.a. hingewiesen: Jeder Euro, der in die Hochschulen des Saarlandes investiert wird, bringt 1,60 Euro für die heimische Wirtschaft.

Ein weiteres Thema waren die Ziele und Ergebnisse der Personalräte in diesem Zusammenhang. Eine Betriebsvereinbarung der Personalräte mit der Hochschulverwaltung soll betriebsbedingte Kündigungen vermeiden.

Die größte Sorge bereitet dem Personalrat die Aussicht, dass die Sparmaßnahmen vor allem das große Heer der befristet angestellten wissenschaftlichen Mitarbeiter trifft, das ohnehin schon in prekären Verhältnissen arbeitet. Das neue Universitätsgesetz geht hier einen ersten richtigen Schritt in Richtung Verbesserung. Es gilt künftig eine Mindestvertragszeit von einem Jahr (derzeit keine). Für die nächste größere Änderung gelten folgende Ziele: Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses der Dauerstellen zu den Qualifikationsstellen und die Stärkung des Senats gegenüber dem Universitätsrat und dem Präsidium.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe brachten diese Initiativanträge (Kurzfassungen) ins Plenum ein.

- Die GEW tritt dem Aktionsbündnis „Rettung der Hochschulen“ bei und unterstützt diese.
- Die GEW unterstützt die Personalräte bei ihren Verhandlungen mit der Universitätsleitung.
- Die GEW initiiert eine Zukunftswerkstatt Hochschulbildung im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit.
- Die GEW setzt sich gegen das Kooperationsverbot ein.

„GEW | Gemeinsam Engagiert Weiterkommen - so sollten wir GEW ausbuchstabieren.“ (Peter Balnis) ■

Thomas Bock

Fotos: Wolfgang Kiefer

# Reform von Hartz IV - an die Hungergrenze führen?

Etwa 5000 befristet beschäftigte Lehrer müssen die vertragslosen Ferien mit Hartz IV bis zum neuen Schuljahr überbrücken. Tausende von Honorarlehrern geht es ebenso, und müssen darüber hinaus noch Auftragslücken überbrücken, die immer wieder entstehen. Hartz IV, als einer der Würde des Menschen entsprechende existentielle Absicherung auf die grundrechtlicher Anspruch besteht, wird immer mehr zu einer obrigkeitlich-staatlichen ‚Sonderrechtszone‘, so unlängst ein ver.di-Sprecher.

Mitglieder des DGB-Kreisvorstandes Saarbrücken nahmen am Montag, dem 6. Oktober den Vormittag frei, um den ‚Kunden‘ der Arbeitsagentur mit einem Flugblatt 10 Jahre Hartz IV sind genug ihre Solidarität zu erweisen. Der Vorsitzende der Koordination saarländischer Arbeitsloseninitiativen (KSA) Manfred Klases hielt eine kleine Säule mit aufge-



- keine Rentenversicherung
- Zwangsverrentung
- Strafe für ‚falsches Verhalten‘
- Sanktionen bis unter das Existenzminimum
- keine aufschiebende Wirkung bei Widerspruch & Klage

Existenzminimum, das bei 500 Euro liegt. Manfred Klases berichtete, dass in der Arbeitsagentur offensichtlich ein „physisches Existenzminimum von 30 Prozent unter dem Regelsatz“, angenommen wird, das heißt, dass von 391 Euro Grundsicherung ein Betrag von 117,30 Euro gekürzt werden könnte, also der oder die Betroffene mit 273,70 Euro leben kann. Durch willkürliche Strafen würden Hunderttausende an die Hungergrenze „herangeführt“.

Georges Hallermayer

Fotos: Thomas Schulz, DGB-Saar



klebten - natürlich falschen - 500 Euro-Scheinen, die die Forderung unterstrich, unverzüglich die Grundsicherung auf diesen Betrag zu erhöhen.

Danach zogen die Gewerkschafter vor die Europa-Galerie gegenüber dem Hauptbahnhof. Dort breiteten sie eine ‚Fußbodenzeitung‘ aus. Was ist Hartz IV? war aufgesprüht. Besonders die jungen Leute hatten einige von den aufgeführten sieben rechtlichen Ausgrenzungen nicht angestrichen. Sie konnten sich nicht vorstellen, dass folgende Dinge gängige Praxis sind:

- kein Grundrecht auf freie Berufswahl
- ‚gläserner‘ Bankkunde

# Die GEW-Saarland im „Zukunftsforum LehrerInnenbildung“

Eines wurde nach der zweitägigen konstituierenden Sitzung des Zukunftsforums LehrerInnenbildung im September in Leipzig deutlich: das Lehramtsstudium, das Referendariat und die Berufseinstiegsphase ist in allen Bundesländern ein großes Thema, ja sogar eine große Baustelle.

Für die GEW Grund genug VertreterInnen aus den Bundesländern zusammen zu rufen, um sich auf einheitliche Standards zu verständigen. Die GEW im Saarland hat dazu mit Pia Aschenbrenner, Sprecherin der Jungen GEW, eine junge Kollegin delegiert, die sich intensiv mit dem Thema LehrerInnenbildung im Saarland beschäftigt, u.a. im Hauptpersonalrat der Gemeinschaftsschulen und als Mitglied im GEW-Arbeitskreis „Reform der LehrerInnenbildung“. Birgit Jenni, stellvertretende Vorsitzende der GEW-Saar, wurde ebenfalls zum Zukunftsforum LehrerInnenbildung delegiert und wird dort ihre langjährigen Erfahrungen in der LehrerInnen-Ausbildung an der Berufsschule und in der beruflichen Fortbildung einbringen. Mit Julia Willeke, delegiert vom Bundesfachgruppenausschuss berufliche Bildung, nimmt eine weitere Saarländerin am

Zukunftsforum teil.

Grundlage der Arbeit ist der „Aktionsplan Lehrerbildung“, den die GEW auf dem letzten Gewerkschaftstag in Düsseldorf verabschiedet hat. Der Hauptvorstand hatte demnach den Auftrag ein „Zukunftsforum LehrerInnenbildung“ einzurichten, was dieser im März 2014 mit der Beschreibung der Aufgaben und Arbeitsweisen getan hat. In den kommenden zwei Jahren sollen nun GEW-Positionen zur Reform der LehrerInnenbildung weiterentwickelt werden. Zudem wird die Arbeit der Hochschulen, der Länder und des Bundes kritisch beobachtet. Eine große Aufgabe, denn unterschiedliche Studienordnungen und Abschlüsse, abweichende Ausbildungszeiten in der zweiten Phase, bis hin zur Frage Fortbildungen - verpflichtend ja oder nein? - sind nur schwer unter einen Hut zu bringen.

Beim ersten Treffen in Leipzig wurden Verhandlungen zur weiteren Arbeitsweise und zu den Arbeitsschwerpunkten des Zukunftsforums getroffen. In einem sind sich alle Mitglieder einig: Die einzelnen Ausbildungsphasen müssen stärker miteinander verzahnt

## Zukunftsforum Lehrer\_innenbildung

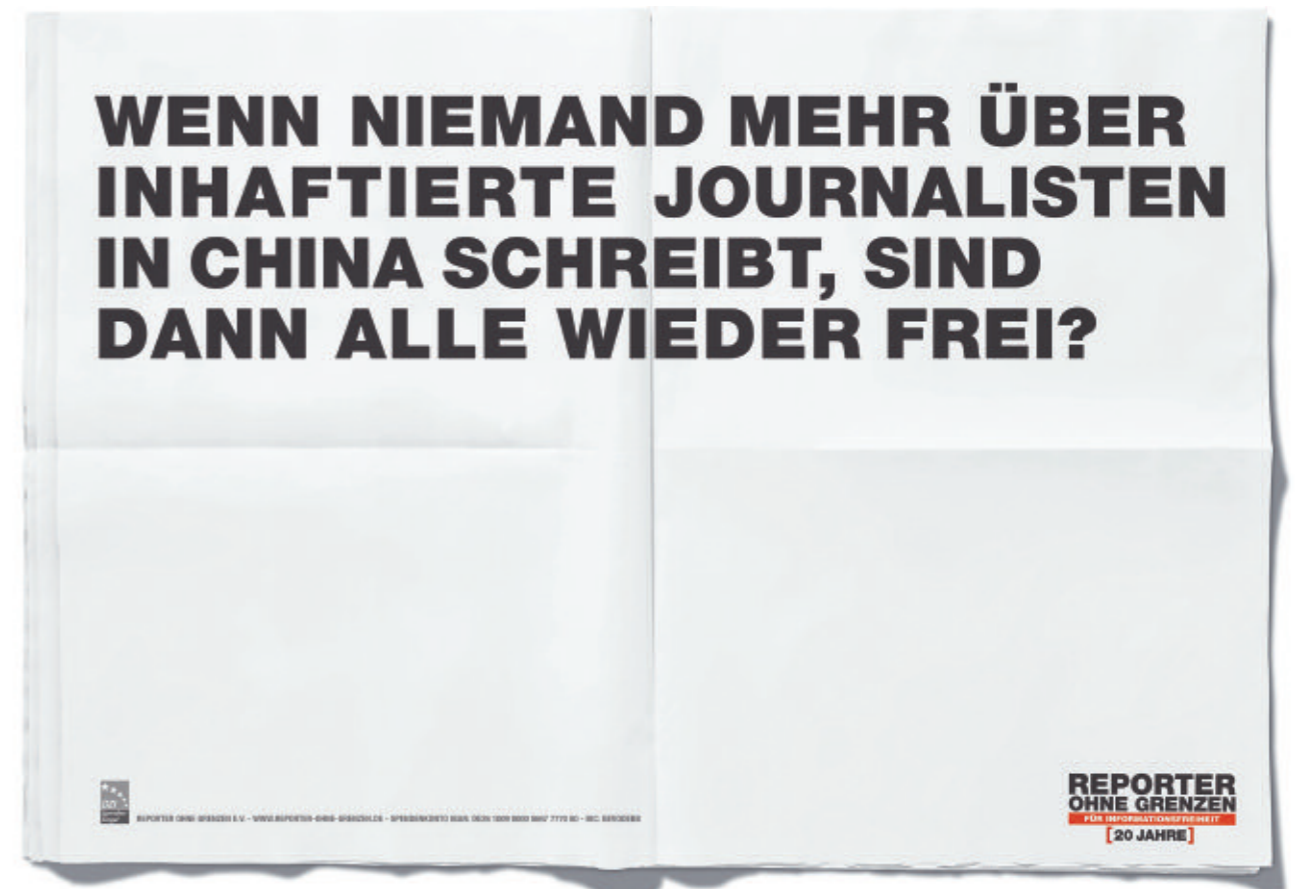
werden, denn eine Ausbildung nach Schulformen ist veraltet. Die GEW setzt sich dafür ein, die LehrerInnenbildung künftig nicht mehr an den Schulformen auszurichten, sondern an den Schulstufen - wobei eine frühzeitige und definitive Festlegung der Ausbildung auf Schulstufen zu vermeiden ist. ■

Weitere Informationen zum Zukunftsforum:  
[http://www.gew.de/Zukunftsforum\\_Lehrer\\_innenbildung.html](http://www.gew.de/Zukunftsforum_Lehrer_innenbildung.html)

Einen Bericht über die öffentliche Fachtagung „Außen Lehrer Innen Bildung“:  
[http://www.gew.de/Ein\\_Beruf\\_den\\_man\\_lernen\\_muss.html](http://www.gew.de/Ein_Beruf_den_man_lernen_muss.html)

Info:  
Das „Zukunftsforum Lehrer\_innenbildung“ trifft sich zwei Mal im Jahr (nächstes Treffen im Frühjahr 2015) im großen Plenum, verbunden mit einer Fachtagung, die für alle Mitglieder offen ist. Zwischen den einzelnen Treffen werden verschiedene Arbeitsgruppen intensiv an den vereinbarten Themenbereichen arbeiten, die dann im Plenum diskutiert werden. Am Ende soll ein Leitfaden für alle Bundesländer entstehen, an dem sich Kolleginnen und Kollegen, die in der Lehrer\_innenbildung tätig sind, orientieren können.

ANZEIGE



# Von Angst und Glück



Glasherzenglück erzählt die Geschichte des roten Glasherzes, dem Glücksbringer einer Puppenspielerin. Nach der Vorstellung wird es einfach im Theater vergessen und sucht jetzt voller Angst Zuflucht bei den Spielfiguren. Diese wollen aber mit dem Winzling nichts zu tun haben. Am Schluss kommt die Rettung durch die Puppenspielerin. Das Glasherz, das vor Kummer zu zerspringen drohte, zerspringt jetzt fast vor Glück.

Das Bilderbuch beginnt mit dem Ende einer Vorstellung in einem kleinen Puppentheater mit vielen Kindern und einem herrlichen Applaus. Die Bühne ist leer, die Puppen stehen oder liegen auf der kleinen Bühne, der Saal wird dunkel und man sieht die Puppenspielerin im Weggehen ihren Mantel anzie-

hen. Jetzt taucht das kleine Glasherz auf, eine gemalte Figur mit einem roten Herz als Kopf und einem weißen gemalten Körper, der durch seine einfache Darstellung die Gefühle des Glasherzes durch Mimik und Körperhaltung ausdrückt.

Die Puppenspielerin geht, ohne sich nach ihrem Glasherz und Glücksbringer umzudrehen. Hat das Glasherz gerade noch getanzt und gelächelt, macht sich auf seinem Gesicht das blanke Entsetzen breit, sein Mund pfeift ihr nach, der kleine Körper rennt ihr vergebens hinterher. Das Glasherz versucht bei den Spielfiguren Anschluss zu finden. Es steht lachend vor dem Kasperl und bittet darum, bei ihm bleiben zu dürfen. Aber der winkt nur freundlich ab: "Ich hab schon etwas Rotes."

Danach bittet das Herz den Zauberer mit angstvollem Gesicht, ob er ihm weiter helfen könne. Aber der schnauft es nur an, ihn in Ruhe zu lassen, sonst müsse er es verzaubern. Die wunderschöne Prinzessin hat auch kein Herz für den Winzling, weil ihr die Herzen nur so zufliegen. Dem Drachen ist der Kleine zu schwach, der Glücksfee zu anstrengend - sie muss sich schließlich um so viele Herzensangelegenheiten kümmern, dass sie keine Zeit hat. Das Glasherz schöpft neue Hoffnung bei einem nett aussehenden Liebespaar, aber den beiden fällt ein, dass ihre Herzen ja füreinander schlagen, ein drittes wäre zu viel. Marschierend und mit neuem Mut geht das Glasherz auf Soldatenfiguren zu, diese aber schicken es weg mit den Worten: "Wir dürfen kein

Herz haben, wir führen Krieg".

Völlig entkräftet und mit hängendem Kopf schleicht das Glasherz schließlich durch den Zuschauerraum davon, als plötzlich Rettung in der zurückkommenden Puppenspielerin naht. Diese fragt in die Bühne hinein die Puppen nach ihrem Glücksbringer. Und der ruft am Schluss tanzend, springend, lachen vor Glück: "Hier bin ich!"

Das Besondere an dem Buch ist der Wechsel zwischen den realen Bildern der Bühne, der Spielfiguren, dem Zuschauerraum und der Puppenspielerin. Dem Illustrator Laszlo Varvasovszky gelingt es einfühlsam, durch seine Kollagen aus Fotografien der kleinen Puppenbühne und Puppenfiguren einerseits und dem gemalten Glasherzen andererseits die Geschichte mit Leben zu füllen. So sind die Spielfiguren leblos dargestellt, auch die hübsche Tanzprinzessin wirkt kalt und starr. Umso lebhafter treten die Gefühle des gezeichneten Glasherzes durch seine Mimik und Gestik heraus. Seine Verzweiflung, seine Angst, sein Verlassensein, aber auch sein Mut, seine Hoffnung, seine Freude und sein Glück kommen so wunderbar zur Geltung. ■

**Gudrun Melchior**  
(AjuM Saarland)

Marianne Ilmer Ebnicher / Laszlo Varvasovszky:  
Glasherzenglück  
Verlag Bibliothek der Provinz 2014  
Taschenbuch, 32 Seiten  
ISBN: 978-3-85252-988-2  
Preis: 18 Euro

# Ich bin der große Kitzelbär...

Verse, Lieder & Spiele für die Wahrnehmung




Dazu muss man nicht wirklich viel schreiben: 70 Seiten mit vielen Liedern, den dazu passenden Bewegungen und einer CD, auf der man alles zum Mitsingen wiederfindet.

Schön gemacht, in einem praktischen Format eine gute Anschaffung für jede Kita mit Kindern zwischen einem und drei Jahren. ■

(red.)

Carla Häfner  
Ich bin der große Kitzelbär, frohes Lachen mag ich sehr...  
Verlag an der Ruhr, ca. 70 Seiten mit Audio-CD  
ISBN: 978-3-8346-2561-8  
Preis: 18,50 Euro



Bundesweit für Sie da: Mit Direktbank und wachsendem Filialnetz.

## Für mich: das kostenfreie Bezügekonto<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied <sup>2)</sup> Voraussetzung: Neueröffnung Bezügekonto, Gutschrift auf Ihr Bezügekonto  
<sup>3)</sup> Nur Hauptkarte, Voraussetzung: GEW-Mitgliedschaft; alternativ auch MasterCard® Classic mit gleichen Leistungen möglich

Banken gibt es viele. Aber die BBBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.<sup>1)</sup>

### Vorteile für GEW-Mitglieder:

- 50,- Euro Gutschrift bei Kontoeröffnung<sup>2)</sup>
- Kostenfreie Kreditkarte VISA ClassicCard<sup>1) 3)</sup>

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:  
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder [www.bbbank.de/GEW](http://www.bbbank.de/GEW)



Vorteile für  
GEW-Mitglieder!



**BB** Bank

Die Bank für Beamte  
und den öffentlichen Dienst